

Kommune

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

21

Smart City

Nachhaltige Stadtentwicklung

E-Government

- **Sachsen-Anhalt:**

Ein neues Ministerium soll der Digitalisierung der Verwaltung mehr Auftrieb geben

Informationstechnik

- **Cloud Computing:**

AKDB und KRZN entwickeln erstmals eine Online-Plattform auf Kubernetes-Containern

Praxis

- **Kreis Hameln-Pyrmont:**

OZG-Werkstatt baut eigenes Serviceportal für die kreisangehörigen Kommunen



Spezial

- **Europa:**

Strategie „Europas digitale Dekade“ zielt auf Freizügigkeit durch Online-Services



digital richtung zukunft

Es ist wieder Zeit für das große Treffen der kommunalen Familie.
Endlich wieder gemeinsam vor Ort. In Garching bei München.
Für Experten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft.
Es ist Zeit fürs 5. AKDB Kommunalforum!

www.akdb.de/kommunalforum

20. Oktober 2022
Jetzt anmelden!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Union hat großen Einfluss auf die Verwaltungsdigitalisierung: Sowohl das Onlinezugangsgesetz (OZG) als auch die Registermodernisierung gehen beispielsweise auf die EU-Verordnung zum Single Digital Gateway (SDG) aus dem Jahr 2018 zurück. Damit verpflichtet die EU die Mitgliedstaaten dazu, die Online-Services der Ämter und Behörden nutzerorientiert zu gestalten. Auch das Once-Only-Prinzip, also die Maßgabe, dass Bürger und Unternehmen bei Anträgen ihre Daten nicht immer wieder neu eingeben müssen, ist eine Vorgabe aus Brüssel.

Ziel der EU ist es, das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von EU-Bürgern (FreizügG/EU) an die digitale Welt anzupassen. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, in einem anderen Mitgliedsland zu arbeiten und zu wohnen, sollen einfacher wahrgenommen werden können. Behördendienste müssen deshalb so gestaltet werden, dass der grenzübergreifende Datenaustausch möglich wird. Im Spezial dieser Ausgabe erfahren Sie mehr über die Strategie „Europas digitale Dekade“ der EU-Kommission (Seite 42).

Außerdem lesen Sie, dass Griechenland mithilfe der EU eine umfassende Digitalisierung seiner Verwaltung plant (Seite 44). Schließlich stellen wir die digitale Kommune Nummer eins in Österreich vor. Kremsmünster geht schon seit 25 Jahren konsequent den Weg, alle Prozesse zu digitalisieren (Seite 48). Nun will sich die Gemeinde um die Nachhaltigkeit von digitalen Lösungen kümmern und nimmt am EU-Projekt „Digital Government for Green Municipalities and Cities“ teil.

Ihr



Alexander Schaeff



CC ECM

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Vollständige E-Akte**
- **Dokumenterfassung**
- **Prozessoptimierung
und Workflow**
- **Signatur und Freigabe**
- **Schnittstellen und
Integration**
- **Revisions sichere
Archivierung**



E-Government

Interview: Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach spricht über die Verwaltungsdigitalisierung im Freistaat 8

Sachsen-Anhalt: Neues Ministerium für Infrastruktur und Digitales (MID) soll für Auftrieb sorgen 10

Titel

Smart City: Handreichung hilft kleinen und mittleren Kommunen beim Erarbeiten einer Strategie 12

Plattform: Das Potenzial kommunaler Daten optimal nutzen 14

Smart City App: Zehn Städte tüfteln am Digital-Hub für die Hosentasche 16

Interview: KL.digital-Geschäftsführerin Ilona Benz berichtet aus Kaiserslautern 18

Wuppertal: Erste Quick-Win-Projekte umgesetzt 20

Bad Nauheim: Kurstadt mit smarten Lösungen 22

Bonn: Gut organisiert neue Wege gehen 24

Informationstechnik

Cloud Computing: Container und Kubernetes-Software senken Kosten und Risiken 26

Breitband: Problem Inhouse-Verkabelung 28

Interview: Wie hausinterne Glasfaseranschlüsse finanziert werden können, erläutert Christoph Lütke, Geschäftsführer der vitronet Gruppe 29

Kita-Lösungen: Stefanie Schlagner, ehemals stellvertretende Amtsleiterin, stellt das neue Verfahren der Gemeinde Hiddenhausen vor 30

NH-Kindergartenverwaltung SQL: Mit wenigen Klicks den passenden Platz finden 32

Ordnungswidrigkeiten: E-Akte und webbasierte Arbeitsplattform unterstützen den Innen- und Außendienst 34

Auftragsmanagement: Software für kommunale Ordnungsdienste 36

Praxis

Kreis Hameln-Pyrmont: OZG-Werkstatt für mehrere Kommunen 38

Rhein-Kreis Neuss: Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz per App 40

Spezial

Europa: Die Digitalstrategie der EU-Kommission 42

Griechenland: Umfassende Verwaltungsdigitalisierung 44

Österreich: Erster Praxiseinsatz für die Open-Source-Plattform Decidim.Austria 46

Schweiz: Kantonsverwaltung und Gemeinden starten das Smart Service Portal Aargau 47

Kremsmünster: Österreichs E-Government-Gemeinde Nummer eins 48

Rubriken:

Editorial 3
 News 6
 IT-Guide 50
 Vorschau, Impressum 58



Smart City gestalten

Mit ganz unterschiedlichen Lösungen punkten die Smart-City-Vorreiter hierzulande. Grundlegend für ihren Erfolg ist die dahinter stehende Digitalisierungsstrategie. Eine Handreichung hilft insbesondere kleineren und mittleren Kommunen bei der Erarbeitung einer solchen Strategie.

ab Seite 12

Eine starke Region braucht einen starken Partner.

- ✓ 100 % Glasfaser: 100 % Leistung und 100 % Geschwindigkeit
- ✓ Kein Risiko: eigenwirtschaftlicher Ausbau
- ✓ Zukunftssichere Infrastruktur mit klassischen Verlegetiefen

Wir verstehen uns als Partner der Kommunen und Ihrer Interessenvertreter. Wir unterstützen Sie bei Ihrem Vorhaben. Lassen Sie uns sprechen und gemeinsam in die digitale Zukunft starten.

040 605 980-115
kommunen@deutsche-giganetz.de
deutsche-giganetz.de





twitter.com/k2lnews

Dresden: Kirchenaustritt online vorbereiten

Urkunden des Standesamts können in Dresden jetzt online bestellt und bezahlt werden. Auch ein Kirchenaustritt lässt sich via Internet vorbereiten.

- www.dresden.de/kirchenaustritt

Apps: Bus sorgt für aktuelle Straßenkarten

Stadtbusse können jetzt nebenbei Daten für stets aktuelle Straßenkarten liefern. Dafür hat Fraunhofer FOKUS eine Smartphone-App entwickelt.

- www.fokus.fraunhofer.de

Lügde: Praxisnahe Digitalisierungsstrategie

Gemeinsam mit dem krz hat die Stadt Lügde eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Entstanden ist sie mithilfe der neuen DigiChange@Kom-Methodik.

- <https://luegde.de>

Heusenstamm: Bürgerdialog mit Widget-Lösung

Einen Online-Dialog ohne Beteiligungsplattform führt die Stadt Heusenstamm durch. Möglich macht dies ein Widget, das in das CMS integriert wird.

- www.heusenstamm.de

Heidelberg

Virtuelles Bürgeramt

Die Stadt Heidelberg hat ein virtuelles Bürgeramt eröffnet, das den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr Wege und Wartezeiten ersparen soll. Es ermöglicht ein persönliches Gespräch mit Sachbearbeitenden, ohne dass dafür das Amt aufgesucht werden muss. Ein Termin für den virtuellen Besuch kann online vereinbart werden. Per E-Mail wird dann ein Link verschickt, über den sich die Bürger ins Amt einwählen können. Die Verbindung für den Video Call wird nach Angaben der baden-württembergischen Stadt über den Webbrowser aufgebaut, zusätzliche Software müsse nicht installiert werden. Im Gespräch mit dem Sachbearbeiter oder der Sachbearbeiterin können Fragen geklärt und Dienstleistungen der Bürgerämter in Anspruch genommen werden. Die Plattform ermöglicht es auch, Dateien auszutauschen, um beispielsweise eine Bescheinigung digital vorzulegen. Anfallende Gebühren können direkt online bezahlt werden.

<https://termin.heidelberg.de>

Kiel

OZG-Hackathon erfolgreich

Mehr als 80 Verwaltungsmitarbeitende haben Anfang Juli am ersten OZG-Verwaltungshackathon in Kiel mitgearbeitet. Insgesamt wurden 47 digitale Anträge für die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins entwickelt. Kiels Chief Digital Officer, Jonas Dageförde, berichtet: „Das Ergebnis übertrifft bei Weitem unsere Erwartungen. Wir freuen uns, dass wir mit dem OZG-Hackathon neue Wege bereiten und beschreiten konnten – mit einem Modell, welches auch in andere Kommunen übertragen werden kann.“ Die neuen digitalen Anträge werden nun getestet. Wenn sie den Test bestehen, sollen sie innerhalb der nächsten Wochen live geschaltet werden.

www.kiel.de

Peine

Portal für Stadt und Kreis

Das OpenR@thaus in Peine ist eröffnet. Darauf weist der IT-Dienstleister ITEBO hin. Gestartet wurde es in interkommunaler Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis Peine. Auf den Internet-Seiten beider Verwaltungen finden die Bürgerinnen und Bürger somit sowohl die derzeit online verfügbaren Dienstleistungen der Stadt als auch die des Landkreises. Um die Bürger eindeutig identifizieren zu können, wird im OpenR@thaus das Servicekonto Niedersachsen genutzt. Einmal registriert, können die Bürger alle Portale nutzen, auch bei einem Zuzug in das Kreisgebiet. Nach der Anmeldung im Servicekonto sei eine Vielzahl von Anträgen vorausgefüllt.

www.peine01.de

Stuttgart

Dienstvereinbarung zur IT

Allgemeingültige Grundsätze, Standards und übergreifende Themen für die städtische Digitalisierung und Informationstechnik beschreibt eine neue Rahmendienstvereinbarung für Stuttgart. Wie die baden-württembergische Landeshauptstadt mitteilt, wurde sie von Oberbürgermeister Frank Nopper und der Gesamtpersonalratsvorsitzenden Claudia Häußler unterzeichnet. Als zukunftsweisend beschreibt die Stadt die Zusage zur Beschäftigungssicherung. Betriebsbedingte Kündigungen soll es im Rahmen der Digitalisierung nicht geben. In der Präambel der Vereinbarung heißt es stattdessen: Den Vertragsparteien ist es wichtig, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, die Beschäftigten,

also die Mitarbeiterschaft, in den Transformationsprozess einzubinden und mitzunehmen. Die Beschäftigten werden bei der digitalen Transformation durch permanente Personalentwicklungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie durch das Changemanagement unterstützt und begleitet. Stuttgarts Erster Bürgermeister Fabian Mayer bezeichnet die Vereinbarung als eine der deutschlandweit ersten dieser Art. „Die Landeshauptstadt legt bei der Digitalisierung mittlerweile ein beachtliches Tempo vor“, sagt er. „Die Rahmendienstvereinbarung stellt einen weiteren großen Schritt dar und bietet den Beschäftigten Sicherheit.“ So werde auch die Motivation gestärkt, die Digitalisierung voranzubringen.

www.stuttgart.de

DIE ZUKUNFT

IST DIGITAL.

MIT LÖSUNGEN, DIE

EFFIZIENZ UND SICHERHEIT

VERBINDEN.

Öffentliche Unternehmen kämpfen gleich an mehreren Fronten: Immer anspruchsvollere gesetzliche Vorgaben müssen mit wirtschaftlichen Aspekten in Einklang gebracht werden – und das bei höchsten Sicherheitsanforderungen. Einen Ausweg bilden die zuverlässigen, digitalen Lösungen von DATEV für den Public Sector. Sie steigern die Effizienz – und ebnen den Weg in eine erfolgreiche, digitale Zukunft.

Mehr Effizienz, weniger Kosten

Durchgängige digitale Prozesse sind auch bei Ver- und Entsorgern der Schlüssel zu mehr Effizienz. Mit den zertifizierten Cloud-Lösungen von DATEV profitieren öffentliche Unternehmen von den Vorteilen der Digitalisierung, ohne eine eigene, kostenintensive IT-Infrastruktur aufbauen zu müssen. Zudem erhöht sich die Flexibilität, da die DATEV-Software dann ortsunabhängig einfach über eine standardisierte Cloud-Plattform genutzt wird.

Je nach Bedarf kommen dabei unterschiedliche Lösungen zum Einsatz: die Basisversion DATEV SmartIT oder die komfortable Premium-Lösung DATEVasp. Diese umfasst auch die Bereit-

stellung der Server und des Betriebssystems sowie das Management der IT-Infrastruktur.

Immer inklusive: maximale Sicherheit

Öffentliche Unternehmen haben eine besondere Verantwortung. Umso wichtiger sind höchste Sicherheitsstandards beim Umgang mit sensiblen Daten: Ob zentrale oder dezentrale Lösung, bei DATEV stehen Datenschutz und Datensicherheit stets an erster Stelle. Besondere Bedeutung kommt dabei dem DATEV-Rechenzentrum zu, dem Herzstück für Datenverarbeitung, Transfer und Sicherheit. Diese Sicherheit wird regelmäßig von unabhängiger Seite bestätigt, beispielsweise durch die Zertifizierung nach ISO 27001.

Hilfe bei der Umsetzung öffentlich-rechtlicher Anforderungen

DATEV unterstützt Ver- und Entsorger auch bei der Realisierung gesetzlicher Anforderungen – wie der E-Rechnung oder der Umstellung der Umsatzbesteuerung.

Mit der Neuregelung des § 2b UStG zur Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand können auch für Ver- und Entsorger neue Sachverhalte hinzukommen. Deshalb müssen juristische Personen des öffentlichen Rechts, die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage tätig sind, mit einer Mehrbelastung rechnen. DATEV setzt diese gesetzlichen Anforderungen direkt und automatisch in der Software um.

Expertise für Unternehmen im Public Sector

Um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern, steht

DATEV den öffentlichen Unternehmen kompetent und zuverlässig zur Seite. Mit eigenen Beratungsangeboten und der genossenschaftlichen Unterstützung von über 40.000 DATEV-Mitgliedern aus Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung lassen sich alle Anliegen und Anforderungen direkt und unkompliziert umsetzen.

Weitere Informationen rund um leistungsstarke DATEV-Lösungen für öffentliche Unternehmen unter datev.de/public-sector, per E-Mail an public-sector@datev.de oder telefonisch unter **0800 0114348**.



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

Besondere Führungsrolle

Digitalministerin Judith Gerlach spricht im Kommune21-Interview über das bayerische Digitalgesetz und erklärt, warum der Freistaat bei der Verwaltungsdigitalisierung im Ländervergleich Spitzenpositionen belegt.

Frau Ministerin Gerlach, aktuell sind in Bayern zahlreiche Projekte zur Digitalisierung der Verwaltung gestartet. Wie ist der Freistaat beim E-Government im Ländervergleich aufgestellt?

Bayern nimmt durchweg Spitzenpositionen ein: Im OZG-Dashboard des Bundes steht der Freistaat mit 223 Leistungen derzeit auf Platz 3. Beim Fortschritt der Digitalisierung liegt Bayern beim Deutschland-Index der Digitalisierung 2021 bereits auf Platz 2 der Flächenländer. Und im Bereich mobile Government nehmen wir innerhalb Deutschlands eine besondere Führungsrolle ein: Eine Anwendung wie unsere BayernApp gibt es so in keinem anderen Bundesland.

In welchen Digitalisierungsfeldern nimmt der Freistaat eine Vorreiterrolle ein und wo sehen Sie eventuell noch Nachholbedarf?

Wir haben schon deutlich früher als die meisten anderen Bundesländer digitale Verwaltungsangebote mit zentralen Nutzerzugängen entwickelt. Solche Voraussetzungen zu schaffen, ist für den OZG-Portalverbund immens wichtig. Aus dieser Erfahrung heraus ist uns beispielsweise auch der Durchbruch beim einheitlichen Unternehmenskonto gelungen. Einen besonderen

Schwerpunkt legen wir auch auf das mobile Government. Die Bayern-App zum Beispiel läuft seit ihrem Start im Februar 2021 bereits auf mehr als 80.000 Smartphones. Inzwischen sind insgesamt weit mehr als 20.000 Online-Dienste einzelner Kommunen und staatlicher Behörden über die App ansteuerbar – ein deutschlandweiter Spitzenwert.

Welche Rolle spielen die Kommunen bei der Digitalisierung?

Kommunen sind die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Ob die Verwaltungsdigitalisierung als Erfolg angesehen wird, hängt deshalb stark davon ab, wie sehr Kommunen ihr Angebot an Online-Diensten ausbauen. Aus diesem Grund unterstützen wir die bayerischen Kommunen mit zahlreichen Angeboten, wie zum Beispiel dem Förderprogramm „Digitales Rathaus“, der Ausbildung so genannter Digitallotsen, kostenfreien zentralen Online-Diensten und umfangreichen Informationsangeboten. Nun sind die Kommunen gefordert, bei der Verwaltungsdigitalisierung mehr Tempo zu machen.

Wie ist der Stand der Dinge beim Digitalgesetz und wodurch zeichnet sich dieses besonders aus?



Judith Gerlach

Das neue Digitalgesetz ist gerade vom Bayerischen Landtag beschlossen worden und tritt am 1. August in Kraft. Darauf bin ich schon auch etwas stolz. Denn es ist das erste Gesetz dieser Art in Deutschland. Zum ersten Mal werden damit ganz umfassend Digitalrechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen festgeschrieben. Etwa der Anspruch, digitale Verwaltungsleistungen sogar mobil nutzen zu können. Zudem hilft es den Kommunen bei der Digitalisierung ihrer Verwaltungen durch ein neues Kompetenzzentrum, das wir mit dem Gesetz verankern.

Welche Stolpersteine verhindern deutschlandweit eine erfolgreiche Verwaltungsdigitalisierung?

Das Schriftformerfordernis steht der digitalisierten Verwaltung oft

im Weg. Das muss dringend weiter reduziert und vor allem einfacher und nutzerfreundlicher werden. In Bayern lassen wir deshalb ELSTER als Schriftformersatz allgemein zu. Damit gewinnen wir Millionen ELSTER-Nutzerinnen und -nutzer, die künftig einfach online unterschreiben können. Da sollte der Bund nachziehen und entsprechende Möglichkeiten einräumen.

zu sorgen, haben wir das „Dashboard Digitale Verwaltung“ gestartet – eine Online-Übersicht über den Stand der digitalen Verwaltung bei den einzelnen bayerischen Kommunen.

2013 sind Sie als jüngste Abgeordnete in den Bayerischen Landtag eingezogen. Welche Impulse konnten Sie einbringen?

Zu meinen Kernaufgaben gehört der Ausbau der digitalen Dienste im Freistaat – für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen und auch für Kommunen. Wir haben seit der Gründung des Staatsministeriums für Digitales bereits mehr als 70 Millionen Euro in die digitale Verwaltung investiert. Inzwischen können die Menschen in Bayern auf mehr als zwei Drittel aller Service-

„Wir haben bereits über 70 Prozent der OZG-Leistungen umgesetzt. Wir werden die Zielmarke bis Ende des Jahres schaffen.“

Das Onlinezugangsgesetz soll bis Ende des Jahres umgesetzt sein. Kann der Zeitplan eingehalten werden?

Ja, zumindest bei den rein staatlichen Verwaltungsleistungen. Hier bin ich für Bayern sehr zuversichtlich. Denn wir haben bereits über 70 Prozent der Leistungen umgesetzt. Wir werden die Zielmarke bis Ende des Jahres schaffen. Bei den Kommunen ist die Situation schwieriger. Hier stehen aktuell erst rund 55 Prozent der Online-Dienste digital zur Verfügung. Da müssen die Kommunen aktiver werden und insbesondere die für die Bürgerinnen und Bürger wichtigsten Leistungen umsetzen. Um für mehr Transparenz und Schwung

Ich habe mich von Anfang an besonders für die kommende Generation eingesetzt. Auch das Thema Diversität hat mich als Mitglied des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag beschäftigt und treibt mich nach wie vor an. Ich habe mich immer dafür engagiert, dass Frauen ihren Weg in Politik und Wirtschaft gehen können. Nicht ohne Grund war das Talentprogramm „BayFID – Bayerns Frauen in Digitalberufen“ eines meiner ersten Projekte, als ich in meiner zweiten Legislaturperiode Digitalministerin wurde.

Seit 2018 sind Sie Digitalministerin des Freistaats: Welche Ziele haben Sie sich gesetzt und welche davon haben Sie bereits erreicht?

leistungen online zugreifen – ein deutschlandweiter Spitzenwert. Ich setze mich außerdem für eine technologieoffene, werteorientierte Digitalpolitik ein, die Innovationen fördert. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen von neuen Technologien profitieren. Deshalb ist es mein Ziel, allen Menschen die entsprechenden digitalen Kompetenzen zu vermitteln – unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen oder Herkunft. Dazu haben wir passende Programme initiiert, wie beispielsweise Bay-Code. Damit wollen wir bei Jugendlichen den Spaß am Programmieren wecken und erste berufsrelevante Fähigkeiten vermitteln.

Interview: Alexandra Braun

Anzeige



Kurzvorstellung in Grün



e2watch
Energiemanagement via Smart City Dashboard



Wärmenetz-Broker
Transparente Verbrauchsdaten



Smart-Meter-Lösungen
Intelligente Messsysteme



Urban Toolbox
Werkzeuge für die smarte Stadt



Dokumentenmanagement
eAkte statt Papier



Nachhaltige Mobilität
Bahn, Carsharing, E-/Hybrid-Poolfahrzeuge



Green IT
Energiemonitoring im Rechenzentrum



Modern aufgestellt

Bernd Schlömer

Um die Digitalisierung voranzutreiben, hat Sachsen-Anhalt die unterschiedlichen Handlungsfelder in einem neuen Ministerium gebündelt. Schwerpunkte sind der schnelle Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie die Verwaltungsmodernisierung.

Sachsen-Anhalt durchlebt eine Zeit großer Veränderungen. Sie ist geprägt durch technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Umbrüche, deren Auswirkungen in sämtlichen Lebensbereichen spürbar sind. Besonders betroffen von diesen Entwicklungen ist das Bundesland aufgrund des demografischen Wandels, der hier offensichtlich schneller voranschreitet als in anderen Regionen. Hinzu kommt der Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier.



Sachsen-Anhalt will der Digitalisierung Auftrieb geben.

Die künftige Handlungsfähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Verwaltung ist ohne Digitalisierung und den zielgerichteten Einsatz moderner Informationstechnik daher nicht mehr denkbar. Nur wenn die vielfältigen digitalen und technologischen Potenziale effektiv genutzt werden, wird es dem Land gelingen, eine modern aufgestellte und digital agierende Verwaltung zu formieren. Die Schaffung der digitalen Infrastruktur ist, ebenso wie die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), im ländlichen Raum – in einer Verwaltungsstruktur mit eher kleinen Gemeinden – besonders herausfordernd. An vielerlei Stellen ist Sachsen-Anhalt zuletzt gut vorangekommen, in anderen Bereichen

gibt es noch viel Luft nach oben, so etwa bei der Umsetzung des OZG.

Die Bündelung unterschiedlicher Digitalisierungsfelder im neuen Ministerium für Infrastruktur und Digitales (MID) bietet jetzt die Chance, eine modern aufgestellte und digital agierende Verwaltung zu formen. Inhaltlich folgt die Ausrichtung der Arbeit im Bereich Digitales des MID dem Gedankengerüst des Koalitionsvertrags mit seinen Zielstellungen.

Der erste Themenblock befasst sich mit der prozessualen digitalen Entwicklung des Landes. Im Kern geht es um die strategische Steuerung, etwa durch die Entwicklung

einer Digitalstrategie in Verbindung mit der Förderung zielgerichteter, digitaler Projekte. Parallel soll der jeweilige Umsetzungsstand dieser Prozesse transparent dargestellt werden. Der zweite Themenblock bündelt die technisch digitale Entwicklung des Landes. Darunter fallen etwa der Breitbandausbau und die landeseigene IT-Infrastruktur nebst Querschnittsdiensten und -infrastrukturen. Sachsen-Anhalt schließt zudem alle Schulen an das Glasfasernetz an und nimmt hier bundesweit eine Vorreiterstellung ein. Auch das Handlungsfeld der Informationssicherheit ist hier angesiedelt und hat strategische Bedeutung. Im dritten Themenblock wird als Teil der organisatorisch di-

gitalen Entwicklung der jeweilige Umsetzungsstand in den wesentlichen Anwendungsfeldern der digitalen Transformation aufgezeigt. Dazu zählen der Status quo und die Perspektiven im OZG sowie die Maßnahmen zu dessen Umsetzung, insbesondere im kommunalen Bereich. Im abschließenden vierten Themenfeld stehen im Bereich der sozial digitalen Entwicklung künftige Anpassungsanforderungen im Fokus. Ein wichtiges Thema wird hierbei die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität durch neue Arbeitsmodelle und Mitarbeiterorientierung sein.

Neben einem beschleunigten Ausbau der Infrastruktur legt das MID seine Schwerpunkte vor allem auf die Modernisierung der Verwaltung. Es gilt, Verwaltung neu zu denken, da mit zunehmender Vernetzung aller Lebens- und Arbeitsbereiche die Organisation des Arbeitens zentrale Bedeutung erhält. Zielsetzung hinsichtlich der Beschleunigung der OZG-Umsetzung ist es, eine Schnittstelle zwischen Land und Kommunen zu institutionalisieren, um diese bei der Verwaltungsdigitalisierung insgesamt zu begleiten und zu beraten. Gemeinsam mit den Kommunen, den kommunalen Spitzenverbänden sowie weiteren Partnern wird eine Struktur für die Zusammenarbeit aufgesetzt.

Im Bereich des flächendeckenden Ausbaus digitaler Infrastrukturen arbeitet das Land daran, das bisherige Festnetz-Ausbauziel zukunftsicher anzupassen. Hierfür wurde das Infrastrukturziel (Glasfaser) auf mindestens ein Gigabit pro Sekunde (Gbit/s) festgelegt. Weitere Elemente der Gigabitstrategie sind

konkretere Mobilfunkausbauziele und Sondervorhaben wie die Beschleunigung des Strukturwandels durch einen schnelleren Ausbau oder den zügigen Anschluss der Schulen ans Glasfasernetz. Dieser soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Nicht minder wichtig ist es, in der jetzigen Legislaturperiode eine Reihe von Grundlagen-Dokumenten und Strategien umzuformulieren, so zum Beispiel die Digitalstrategie „Sachsen-Anhalt digital 2030“. Neben der Digitalstrategie werden verschiedene Fachkonzepte in Handlungsfeldern wie der IKT-Steuerung, E-Government, künstliche Intelligenz oder Informationssicherheit von zentraler Seite aus auf den Weg gebracht und in einem neu zu bildenden Digitalisierungsboard unter Leitung der Ministerin für Infrastruktur und Digitales mit Vertreterinnen und Vertretern aller Ressorts (in der jeweiligen Funktion von Chief Digital Officer – CDO) interministeriell koordinierend vorangetrieben. Dem Digitalisierungsboard wird die Aufgabe zukommen, die Umsetzung der digitalen Vorhaben eng zu begleiten.

Das MID wird zudem den Digitalisierungsbeirat als Digitalrat Sachsen-Anhalt fortführen. In dieses unabhängige Beratungsgremium wurden kompetente Personen insbesondere aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft berufen. Aufgabe des Digitalrats ist unter anderem die Beratung der Ministerin in den Bereichen Technologie, Innovation und Digitalisierung. Er soll seine Themen frei bestimmen und entsprechende Empfehlungen geben. Ein Hauptaugenmerk liegt auf der Digitalisierung im ländlichen

Raum. Es sollen Lösungsansätze entwickelt und Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen die Ziele der Landesregierung mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung bestmöglich verwirklicht werden können. Durch den „Strategischen Wirtschaftsdialog“, der im April 2022 erstmals stattfand, wird darüber hinaus der Austausch mit der Wirtschaft intensiviert. Idealerweise ergibt sich daraus die Möglichkeit, in arbeitsteiliger Kooperation Ideen- oder Positionspapiere in strategischen Handlungsfeldern der Digitalisierung mit Blick auf das Land Sachsen-Anhalt zu formulieren.

Das MID selbst soll organisatorisch zu einem agilen Motor der Digitalisierung weiterentwickelt werden. Vorgesehen sind flache Hierarchien und neue Arbeitsstrukturen. Es sollen projektbezogene Organisationsweisen eingeführt und auch in infrastruktureller Hinsicht Arbeitsumgebungen realisiert werden, die es erlauben, schnell miteinander ins Gespräch zu kommen und sofort auf Veränderungen zu reagieren. Ein wichtiges Ziel ist es daher, neue Formen der Zusammenarbeit in einer modernen Verwaltung pilothaft zu erproben.

Bernd Schlömer ist Staatssekretär für Digitalisierung im Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt und Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnik (CIO).

Link-Tipp

Zur digitalen Agenda des Landes Sachsen-Anhalt:

- <https://mid.sachsen-anhalt.de/digitales/digitale-agenda>

Den Wandel gestalten

C. Räuchle / C. Walther

Mit Smart-City-Strategien legen Kommunen die Grundlage für die koordinierte Implementierung ihrer Digitalprojekte im Kontext integrierter Stadtentwicklung. Eine neue Handreichung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) soll sie hierbei unterstützen.

Rechtsvorschriften wie das Onlinezugangsgesetz (OZG) oder das E-Government-Gesetz (EGovG) haben in den vergangenen Jahren Digitalisierungsprozesse auf verschiedenen Verwaltungsebenen angestoßen. Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung von Arbeitsprozessen zusätzlich beschleunigt. Parallel dazu entwickelt sich das Thema Smart City in immer mehr Kommunen zum wesentlichen Baustein der strategischen Entwicklungsplanung.

Während die Digitalisierung der Verwaltung per Gesetz geregelt ist, fußt das Thema Smart City auf der Eigeninitiative der Kommunen, wobei teilweise auch kommunale Unternehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen eine bedeutende Rolle einnehmen. Zahlreiche Förderprogramme von Bund und Ländern haben ausgewählten Kommunen in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen bereitgestellt, um sich auf den Weg hin zu einer Smart City zu machen und modellhafte sowie übertragbare Lösungen zu entwickeln. Ohne Förderung bleibt es allerdings speziell für kleine und mittlere Kommunen eine große

Herausforderung, sich dem Thema Smart City strategisch anzunähern und eine eigene Haltung dazu zu entwickeln – was oftmals jedoch Fördervoraussetzung ist.



Smart-City-Strategie: Für viele Kommunen eine Herausforderung.

Bereits 2019 initiierte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) daher das Forschungsprojekt „Die digitale Stadt gestalten: Eine Handreichung für Kommunen“ im Rahmen des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt). Ziel war es, insbesondere für kleine und mittlere Kommunen herauszuarbeiten, welche Herausforderungen und Mehrwerte sich durch Digitalisierung in der Stadtentwicklung

ergeben können. Zudem sollten sie in die Lage versetzt werden, den digitalen Wandel proaktiv zu gestalten. Für das Forschungsprojekt wurde ein Konsortium rund um das Institut für Städtebau und Regionalplanung (ISR) und die Wissensarchitektur der TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen sowie dem Büro Urban Catalyst aus Berlin ausgewählt. Mittlerweile liegen die Projektergebnisse vor.

Mit einer Handreichung als zentralem Produkt will das Projekt kleinere und mittlere Kommunen bei der Entwicklung einer eigenen Smart-City-Strategie unterstützen. Es soll aufgezeigt werden, wie Digitalisierung genutzt werden kann, um eine nachhaltige, integrierte und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu erreichen. Gegliedert ist die Handreichung in drei Teile: Der Kompass richtet sich an Initiatoren aller Verwaltungsebenen, die in ihrer Kommune das Thema Smart City einbringen und strukturell verankern möchten. Er widmet sich unter anderem organisatorischen Herausforderungen sowie

neuen Aufgaben, die mit der Digitalisierung stadtentwicklungspolitischer Ziele einhergehen. Die Arbeitsschritte wiederum richten sich an die ausführenden Ämter und Abteilungen oder begleitende externe Einrichtungen, die mit Aufgaben der Smart City betraut sind. In Form einer Schritt-für-Schritt-Anleitung unterstützt dieser Teil der Handreichung bei der Erstellung einer Smart-City-Strategie sowie der Umsetzung digitaler Projekte in zwei relationalen Arbeitszyklen. Der Wissensspeicher schließlich dient dazu, die Smart-City-Aktivitäten einer Kommune fachlich und praktisch zu untermauern. Er stellt Beispiele aus der Praxis und erprobte Arbeitsmaterialien vor.

Die Inhalte der Handreichung basieren auf Fallstudien mit vier Kommunen, die sich bereits 2019 durch umfassendes Engagement im Bereich Smart City ausgezeichnet

Link-Tipp

Alle Ergebnisse zum Projekt unter:

- <https://t1p.de/n5set>

haben. Im Rahmen eines umfangreichen Feedback-Verfahrens mit vier weiteren Kommunen konnte 2021 eine Testversion der Handreichung präzisiert werden. Wie sich eine Smart-City-Strategie im Verhältnis zu (nicht) vorhandenen Stadtentwicklungskonzepten positioniert, stellte sich dabei als zentrale Frage heraus. Es konnten drei prototypische Modelle identifiziert werden:

- **Eigenständige Entwicklung:** Die Smart-City-Strategie definiert eigene und vorwiegend sektoral ausgerichtete Handlungsfelder wie Mobilität, Gesundheit, Energie und Umwelt oder IT-Infrastruktur. Diese Option erscheint insbesondere dann sinnvoll, wenn kein aktuelles Stadtentwicklungskonzept vorliegt.
- **Ableitung aus dem Stadtentwicklungskonzept:** Die Smart-City-Strategie bezieht sich mit ihren Handlungsfeldern und Projekten auf bestehende Stadtentwicklungsziele – beide Konzepte ergänzen sich und ermöglichen ganzheitliche Lösungsansätze. Eigenständige Digitalisierungsthemen wie Daten-Management

und Daten-Governance werden als eigene Arbeitsfelder der Smart-City-Strategie eingeführt.

- **Integration durch Erweiterung der Handlungsfelder:** Die Kommune ergänzt ihr bestehendes Stadtentwicklungskonzept durch Digitalisierungsthemen und Digitalprojekte. Dabei werden spezifische Handlungsfelder um digitale Lösungen erweitert und passende Digitalisierungsthemen als eigenständiges Arbeitsfeld eingegliedert.

Unabhängig davon, für welches Modell sich eine Kommune entscheidet, um eine Smart-City-Strategie zu erarbeiten, kann sie auf die Handreichung als Kompass, Umsetzungshilfe und Wissensspeicher zurückgreifen.

Dr. Charlotte Räuchle ist wissenschaftliche Projektleiterin und Referentin im Referat „Digitale Stadt, Risikoversorgung und Verkehr“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Christoph Walther ist Projektleiter bei der Urban Catalyst GmbH, Berlin.

Anzeige

Digitale Abstimmung voteRICH

Sie möchten Abstimmungen effizient und ohne Zeitverlust durchführen? Kein Problem!

Unsere App voteRICH ist die ideale Ergänzung zum digitalen Sitzungsdienst SD.NET. Geheime und anonymisierte Live-Abstimmungen und Wahlen sind hier ebenso möglich wie transparente Voting – unabhängig von Zeit und Ort. Die Ergebnisse werden in übersichtlichen Diagrammen dargestellt.

So behalten Sie per Klick den Überblick.

Mehr unter: www.sitzungsdienst.net/produkte



STERNBERG

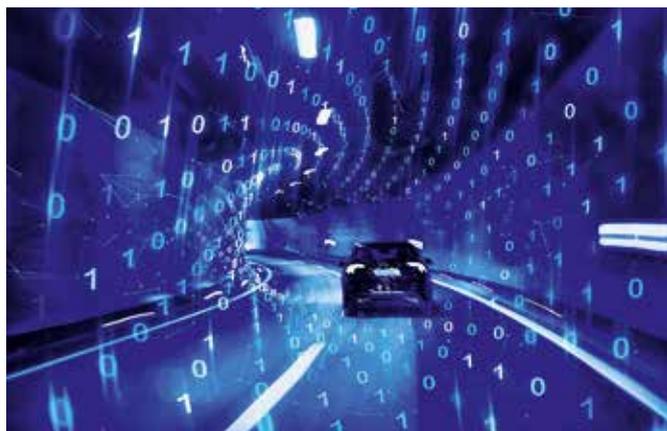


Daten effizient vernetzt

Thea Januschewski

Die Daten, welche Städte, Kreise und Gemeinden täglich erheben, bergen für die Bewältigung der kommunalen Aufgaben ein enormes Potenzial. So kann mit ihrer Hilfe etwa der Parksuchverkehr auf ein Minimum reduziert oder der Katastrophenschutz verbessert werden.

Für die Bewältigung ihrer Aufgaben verfügen die Kommunen über einen ungehobenen Schatz, nämlich die beinahe unerschöpfliche Menge an Daten, die rund um die Uhr entstehen, etwa in Bereichen wie Mobilität, Energie, Wetter oder Ver- und Entsorgung. Werden diese Daten harmonisiert, in Daten-Pools verwaltet und die Systeme vernetzt, bekommen Kommunen ein Werkzeug an die Hand, das intelligente, smarte Möglichkeiten der Analyse und Steuerung eröffnet.



Daten können den Verkehrsfluss verbessern.

Seit über 50 Jahren begleitet der IT-Dienst-

leister ekom21 hessische Kommunen in allen Aspekten der Digitalisierung. Folglich unterstützt er die Verwaltungen auch mit umfassenden Smart-City/Smart-Region-Lösungen und -Dienstleistungen, deren Kern aus einer Datenplattform besteht. Übliche Beispiele für die Vorteile solcher Lösungen sind ein Energie-Monitoring in Echtzeit oder die umweltsensitive Verkehrssteuerung. Besonders greifbar wird die Datenplattform durch zwei weitere eindrucksvolle Anwendungsbeispiele: die smarte Park-

platzsuche und der smarte Katastrophenschutz.

Laut einer ADAC-Studie sind 30 bis 40 Prozent des innerörtlichen Verkehrs auf die Parkplatzsuche zurückzuführen. Diese Zahl lässt sich

bereits heute mithilfe von Daten sich bewegender Fahrzeuge, so genannter Floating Car Data (FCD), reduzieren. Sie werden von Apps und fest verbauten GPS in neueren Fahrzeugen, die sich innerhalb einer Kommune oder Region fortbewegen, gesammelt. Hierauf greift ekom21 mittels eines so genannten Konnektors zu, einer Art Brücke zwischen den Daten der Apps und der Weiterverwendung in der Datenplattform. Weitere Datenquellen sind Sensoren der Verkehrs- und Parkrauminfrastruktur.

Mithilfe der Daten kann zum einen die Parkraumverteilung ermittelt werden, sodass Engpässe sichtbar werden. Zum anderen erlauben sie es, die durchschnittliche Dauer der Parksuche zu berechnen. Damit steht die Grundlage etwa für

die Planung eines Echtzeit-Parkleitsystems oder den Ausbau weiterer Parkraumangebote. Auf einer digitalen Karte wird die Verfügbarkeit von Parkplätzen angezeigt. Ob diese frei oder belegt sind, wird über eine entsprechende Sensorik erfasst. Das öffentliche Daten-Cockpit von ekom21 bietet Bürgerinnen

und Bürgern die Möglichkeit, sich alle Daten zentral und in Echtzeit anzeigen zu lassen. Für die Verwaltung können so genannte Management-Cockpits und Fachanwendungen weitergehende Informationen über Auslastungsgrad und Verteilung des Parkbedarfs bereithalten, um zu steuern oder die Daten für die Verkehrsplaner der Kommune zu öffnen.

Das zweite Anwendungsbeispiel ist im Katastrophenschutz verortet. Spätestens mit der Flutkata-

strophe im Ahrtal im Sommer 2021 ist der Zusammenhang zwischen Starkregen und Katastrophenschutz drängend ins Bewusstsein geraten. Mittels Wasserstandssensoren können von verschiedenen Punkten in den Gewässern der Kommunen und Regionen Daten an die ekom21-Software-Lösung gesendet und mit anderen freien oder kostenpflichtig zur Verfügung stehenden Daten, wie etwa Wetterdaten, angereichert werden. Die daraus gewonnenen Informationen werden im Cockpit der Datenplattform visualisiert. Dazu gehört selbstverständlich auch die Möglichkeit, mittels einer auf künstlicher Intelligenz (KI) basierenden Komponente Voraussagen zu treffen, um rechtzeitig durch vordefinierte Schwellenwerte Warnungen

oder Alarmierungen auslösen zu können.

Darüber hinaus finden sich im Portfolio von ekom21 weitere mögliche Einsatzszenarien, die bereits fertiggestellt sind oder aktuell konzeptioniert werden. Diese umfassen Use Cases aus verschiedenen Themen- oder Wirkungsbereichen, die Kommunen eigenständig kombinieren können. Beispielhaft genannt seien hier die Wirkungsbereiche Tourismus, Bildung, Gesundheit und Wirtschaft.

Im Zuge einer europaweiten Ausschreibung hat ekom21 in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Informationsverarbeitung (KIV) Thüringen, T-Systems International sowie den Nachunternehmern [ui!]

Urban Software Institute und Dataport kompetente Partner gefunden, mit denen die ambitionierten Pläne realisiert werden sollen. Die abgeschlossene Rahmenvereinbarung ermöglicht es nahezu allen hessischen und thüringischen Städten, Gemeinden und Landkreisen, ohne eigene Ausschreibung auf das Angebot zu Smart City/Smart Region zuzugreifen. Kommunen, die mehr über die Datenplattform und die Lösungen erfahren möchten, können sich in den regelmäßigen Online-Veranstaltungen „Open Door Digitalisierung“ informieren, die über die Website von ekom21 angeboten werden.

Thea Januschewski ist Produktverantwortliche im Unternehmensbereich Digitalisierung bei ekom21.

Anzeige

Für Heute und Morgen gerüstet

Smart City

In Zeiten der Pandemie und des Klimawandels sind Kommunen gefordert wie schon lange nicht mehr – und das bei gesunden finanziellen und personellen Ressourcen. Mit digitalen Technologien lässt sich beides in Einklang bringen.



Immer mehr „Smart Cities“ nutzen diese Technologien schon erfolgreich, um effizienter, flexibler und nachhaltiger zu werden. Dabei geht es nicht darum, gleich ein riesiges Projekt umzusetzen. Überall gibt es „Low Hanging Fruits“, die schnelle Einsparungen bringen und so Spielraum für weitere Maßnahmen eröffnen.

Ein idealer Ansatzpunkt ist die Straßenbeleuchtung. Sie ist meist größter Posten auf der städtischen Energierechnung und erfordert einen hohen Personalaufwand. Itron hat mit einer intelligenten Straßenbeleuchtung den Energieverbrauch und die

Betriebskosten in vielen Städten schon mehr als halbiert.

Da Straßenleuchten im ganzen Stadtgebiet verteilt sind, sind sie außerdem ideal als Träger für Sensoren, z.B. Bewegungssensoren für die dynamische Lichtregelung oder Akustiksensoren und Kameras, um u.a. neuralgische Unfallorte im Auge zu behalten und schnell reagieren zu können. Auch zu den Themen Luftgüte und Parkplatz-Management gibt es sehr interessante Lösungen. Ist der Anfang gemacht, sind die Möglichkeiten fast grenzenlos.

Mehr dazu unter :

www.itron.com/de/smart-cities

Stadt in der Hosentasche

Carola Adenauer

Gemeinsam mit Dienstleister regio iT arbeiten derzeit zehn Städte an der Weiterentwicklung der Open SmartCity App. 14 Module stehen mittlerweile in einem Baukastensystem zur Verfügung. Nächstes Ziel ist die Anbindung des regio-iT-Serviceportals.

Menschen vernetzen, informieren und verbinden – untereinander und mit ihrer Stadt: Das ist das Ziel der Open SmartCity App, die der IT-Dienstleister regio iT gemeinsam mit Partnern aus dem kommunalen Umfeld entwickelt.

Am „Digital-Hub für die Hosentasche“, so Nils Gerken, Leiter Team Solingen digital, wird in der Klingensteinadt seit 2019 mit Hochdruck getüftelt: Allein sowie im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft mit derzeit neun weiteren Städten und dem Urban Innovation Team der regio iT. Offen und gemeinsam sind denn auch Stichworte, die im Gespräch über die Open SmartCity App bei allen Beteiligten immer wieder fallen. Konsequenz setzt die interkommunale Entwicklungsgemeinschaft auf Open-Source-Produkte und Kooperation. Offene Infrastruktur für schnelle Übertragbarkeit, offene Daten für die Nutzung durch die Stadtgesellschaft, offene Schnittstellen für eine breite Nutzbarkeit – und schließlich eine einfache und lizenzfreie Übertragbarkeit der einzelnen Anwendungen auf andere Städte.

Der enge Austausch untereinander bewirkt nicht nur einen Kompetenzgewinn für alle Beteiligten,

sondern auch eine höhere Entwicklungsgeschwindigkeit. Von Anfang an war das Ziel, die Vorteile durch gemeinsames Agieren auszuschöpfen, ohne dabei die Individualisierung der beteiligten Städte einzuschränken. Statt hinter verschlossenen Türen so lange zu verhandeln, bis endlich der kleinste gemeinsame Nenner gefunden würde „und weißer Rauch aufsteigt“, wie Gerken mit einem Augenzwinkern anmerkt, wird die Entwicklung wahlweise allein oder eben zusammen vorangetrieben.

Explizit dazu gehören auch die lokalen Partner der beteiligten Kommunen, die bewusst nicht ausgeschlossen werden sollen. „Wir wollten auf jeden Fall mit der regio iT zusammenarbeiten, in anderen Städten sind aber aufgrund anderer Voraussetzungen auch andere Modelle möglich und willkommen“, betont Solingens IT-Chef. Er weiß den Betrieb der technischen Infrastruktur der App bei regio iT in sicheren Händen und schätzt das Know-how des kommunalen IT-Dienstleisters bei der Modulentwicklung. „Der offene Ansatz und das Produkt passen perfekt in unser Profil“, sieht auch Annika Latz, Produkt-Managerin bei regio iT, das gemeinsame Vorhaben auf dem richtigen Weg.

Der Startschuss für die App fiel vor drei Jahren. Schnell war eine erste Version der „Mensch, Solingen!“-App auf dem Markt. 30.000 Bürgerinnen und Bürger der 120.000-Einwohner-Stadt holten sich die App auf ihr Smartphone, „ohne Werbung unsererseits“, wie Solingens CIO Nils Gerken betont. Aus seiner Sicht war die Zeit damals auch noch nicht reif für breit gefächerte Werbemaßnahmen, denn: „Wir wollten langsam wachsen.“ Aus gutem Grund: Eine reine Sammlung aus Schnittstellen gespickt mit Informationen und Funktionen wäre zwar schnell umgesetzt gewesen, hätte die App aber komplett überfrachtet. Das wäre weder im Sinne der Entwickelnden noch der Nutzenden gewesen. „Entscheidend ist ausschließlich der Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger“, betont Gerken. Das Feedback der Anwender der ersten Stunde wird vom „Team Solingen digital“ weiterhin genutzt, um vorhandene Module zu verbessern und das Angebot gezielt zu erweitern.

Bei allem Enthusiasmus musste die Entwicklergemeinschaft auch noch einmal einen Schritt zurücktreten, um sich über den weiteren Weg klar zu werden. Die Schaffung einer breiten gemeinsamen Basis mit der Möglichkeit zur Individuali-

sierung – bei der insbesondere das Thema Update-Sicherheit im Auge behalten wird, alles sprach für einen modularen Aufbau der App. Das ist zwar zunächst aufwendiger, wurde aber von der Gemeinschaft aufgrund der einfacheren Übertragbarkeit für sinnvoller befunden. „Ihre individuellen Anforderungen sollte jede Kommune in einem Workshop für sich erarbeiten“, empfiehlt Annika Latz. Vor der Debatte um Datenquellen und Schnittstellen geht es zunächst um die technische Infrastruktur und erst danach um die Inhalte, die den Nutzenden zur Verfügung gestellt werden sollen.

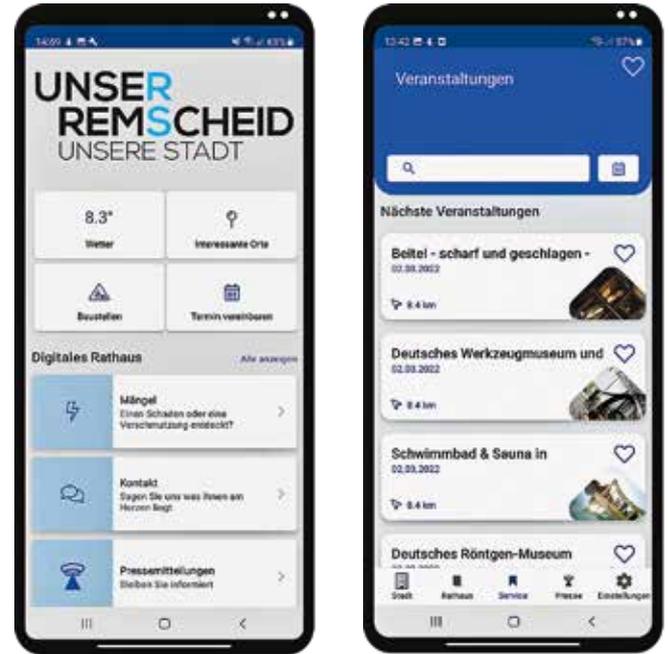
Dank modularem Aufbau verfügt die Stadt-App über eine Art Baukastensystem, aus der sich die Partnerstädte bedienen können. Aktuell stehen 14 Module zur Verfügung. Neben der Core-App sind das unter anderem ein Abfallkalender, ein Mängelmelder, ein Stellenportal, ein Modul für Pressemitteilungen und Veranstaltungen sowie für ÖPNV- und Corona-Informationen, Terminbuchungen, das Einbinden von Web-Seiten mit Informationen zu Co-Working-Spaces, zur Kontaktaufnahme nach Kategorien sowie eine Points-of-Interest-Darstellung mit Kartenfunktion und weiterführenden Informationen. Wer will, kann via App auch Fotos von wilden Müllkippen, defekten Straßenlaternen oder Schlaglöchern an die Stadt melden, den Busfahrplan checken oder nach Sehenswürdigkeiten in der Umgebung suchen.

Damit die „Stadtgesellschaft in der Hosentasche“ künftig auch zum mobilen Rathaus wird, liegt es nahe, die Stadt-App um die Leistungen des regio-iT-Serviceportals zu erweitern. „Wir arbeiten bereits in-

tensiv an der Anbindung des Serviceportals an die Open SmartCity App“, sagt Annika Latz. „Teilfunktionen sollen bereits bis Ende dieses Jahres eingebunden werden.“

Auch Solingen CIO ist optimistisch, was die Umsetzung der virtuellen Behördengänge für seine Stadt betrifft. Für ihn und sein Team steht momentan die Integration einer Krisen-Management-Funktion in die App im Vordergrund. Aufgrund ihrer topografischen Lage im Bergischen Land ist die Klingenstadt hochwassergefährdet und war im vergangenen Jahr in den Tallagen komplett überflutet. Derzeit werden Pegelstandsensoren und Wetterstationen in großer Zahl installiert, um der App die für unterschiedliche Warnmeldungen erforderlichen Daten liefern zu können. So sollen die Bürgerinnen und Bürger künftig via Push-Benachrichtigung rechtzeitig gewarnt und somit Leben gerettet werden. Vorgesehen ist auch die Aufhebung der Stummschaltung der Endgeräte.

Wer sich in die Gemeinschaft rund um die Open SmartCity App einbringen will, ist herzlich willkommen. „Motivation und den Willen zur Kooperation sollten Interessierte auf alle Fälle mitbringen“, so Gerken, der jüngst ein Kennenlerngespräch mit einer Kommune aus dem Ruhrgebiet ge-



Open SmartCity App: Beispielmole der Stadt Remscheid.

führt hat. „Wir sind eine echte Gemeinschaft und arbeiten auf Augenhöhe zusammen. Schließlich stehen alle vor den gleichen großen technischen Herausforderungen. Die Größe der Kommune spielt keine Rolle.“ „Der Austausch und die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft funktionieren sehr gut“, bestätigt Annika Latz, die mit ihrem Team bei regio iT einige Mitglieder der Entwicklungspartnerschaft bei der Umsetzung der App unterstützt.

Derzeit sind zehn Städte unterschiedlicher Größe Teil der Gemeinschaft und befinden sich auf dem Weg zur Umsetzung ihrer individuellen SmartCity App: Kalletal, Lemgo, Kassel, Dortmund, Mönchengladbach, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wolfsburg und Bochum. Jede Stadt verfügt über einen eigenen Entwicklungskonto und ist und bleibt Eigentümerin „ihrer App“.

Carola Adenauer ist freie Journalistin im Auftrag von regio iT.

Digitalisierung für die Menschen

Unter dem Motto „Unser Lautern – herzlich digital“ werden in der Modellstadt Kaiserslautern Smart-City-Projekte umgesetzt. Kommune21 sprach mit Ilona Benz, Geschäftsführerin von KL.digital, über die Pläne – und ihre Rolle als Interims-CDO der Stadt.

Frau Benz, seit Februar dieses Jahres leiten Sie KL.digital, die Digitalisierungsgesellschaft der Stadt Kaiserslautern. Welche Aufgaben haben Sie in dieser Funktion?

Zunächst habe ich natürlich ganz klassische Aufgaben als Geschäftsführerin im administrativen Bereich. Spannender ist meine Tätigkeit als strategische Gesamtprojektleiterin der Aktivitäten der Smart-City-Modellstadt Kaiserslautern. Wir verfolgen sieben Einzelprojekte, die meist selbstständig aktiv sind. Ich kümmere mich darum, dass alles zur Strategie passt und unsere übergeordneten Ziele erreicht werden. Außerdem muss ich viel vermitteln und koordinieren, etwa in Richtung Stadtverwaltung oder externe Akteure.

Sie kommen vom Gemeindetag Baden-Württemberg. Was waren Ihre Beweggründe, beruflich vom Schwabenland in die Pfalz zu wechseln?

Ich war über fünf Jahre beim Gemeindetag tätig und wollte stärker praxisorientiert arbeiten. Mit Smart City habe ich mich schon beim Verband beschäftigt. Nun gab es die Gelegenheit, das Thema in einer Stadt voranzutreiben. Das hat mich gereizt. Zumal in Kaiserslautern die Rahmenbedingungen stimmen.

Durch Fördermittel gibt es finanzielle Spielräume und der politische Rückhalt aus der Verwaltungsspitze und dem Stadtrat ist ebenfalls da. Nicht zuletzt arbeitet in der Stadt schon lange ein großes Digitalisierungsteam sehr gut zusammen.

Wie ist der Stand in Kaiserlautern, worauf können Sie aufbauen?

Kaiserslautern hat eine super Ausgangsposition auf dem Weg zur Smart City. Mein Vorgänger und das Team haben hervorragende Arbeit geleistet. Die technischen Details sind geregelt, die IT-Architektur und die IT-Infrastruktur stehen und die meisten Projekte werden schon umgesetzt. Und es wurde bereits sehr viel mit der Stadtgesellschaft geredet. Denn das ist ein ganz wichtiger Erfolgsfaktor: Kommunikation, um die Menschen an Bord zu holen. Auf all das kann ich aufbauen.

Die Digitalisierung in Kaiserslautern läuft unter dem Motto: Unser Lautern – herzlich digital. Was bedeutet der Slogan aus Ihrer Sicht?

Das Motto wurde vor meiner Zeit entwickelt und ich unterstütze das zu 100 Prozent. Herzlich digital bedeutet ganz klar, dass Digitalisierung nicht um der Technik willen,



Ilona Benz

sondern für die Menschen in der Stadt gemacht wird. Das heißt auch: Die Projekte müssen für die Bürgerinnen und Bürger entweder einen unmittelbaren oder einen mittelbaren Nutzen haben. Das ist etwa der Fall, wenn die Stadtverwaltung Planungsprozesse verbessern kann, wovon wiederum die Einwohner profitieren.

Unter einer Smart City kann man sich vieles vorstellen. Wie definieren Sie die smarte Stadt?

Smart City bedeutet für mich, dass eine Stadt die digitalen Möglichkeiten nutzt, um ihre ureigenen Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Stadtentwicklung auch in Zukunft zu erfüllen. Die Digitalisierung muss dafür als Lösungsmöglichkeit betrachtet werden.

Wie tragen Smart-City-Projekte in Kaiserslautern zur Stadtentwicklung und kommunalen Daseinsvorsorge bei?

Unsere Projekte sind sehr vielfältig. Sie decken folgende Themen ab: Sicherheit, Gesundheit, IT-Infrastruktur, Bildung, Verwaltung, Handel, Datenplattform, Energie und Umwelt, Verkehr und Gesellschaft. Das Projekt Stadt.Raum.Wir. bei-

die Bürgerinnen und Bürger über die Beteiligungsplattform Kaiserslautern MitWirkung. Darüber können sie Vorschläge einreichen und über bestimmte Vorhaben abstimmen. Bei der Kommunikation hilft uns auch der Digitalbeirat. In diesem Gremium sind Vertreter wichtiger zivilgesellschaftlicher Gruppen dabei, sie wirken als Multiplikatoren in ihre jeweiligen Gruppen.

„Meine Vorstellung von einer Smart City ist, dass die Stadt trotz aller Herausforderungen lebenswert bleibt.“

spielsweise hat einen gesellschaftlichen Schwerpunkt. Damit wollen wir einen nicht-kommerziellen Begegnungsraum schaffen und so soziale Kontakte fördern. Im Bereich Mobilität geht es darum, den Verkehr über Sensorik zu steuern und die Verkehrsplanung zu verbessern. Ein Vorhaben hat zum Ziel, sehbehinderte Personen mit einem digitalen Lotsensystem besser ins Stadtleben zu integrieren. Es gibt also in vielen Bereichen Bezüge zur Daseinsvorsorge und zur Stadtentwicklung. Wichtig ist auch, dass wir eine Datenplattform aufbauen und noch mehr offene Daten zur Verfügung stellen wollen. Damit setzen wir die Open-Data-Richtlinie der EU um.

Wie werden die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der digitalen Stadt Kaiserslautern einbezogen?

Über unsere Pläne und Projekte informieren wir sehr intensiv über Social-Media-Kanäle und unsere herzlich digitale Website. Außerdem sind wir ganz klassisch mit Infoständen auf Veranstaltungen vertreten und zeigen so, dass wir ein offenes Ohr für die Menschen haben. Selbst aktiv werden können

Mitte Mai haben Sie zusätzlich interimsmäßig die Aufgaben des Chief Digital Officers (CDO) der Stadt Kaiserslautern übernommen. Welche Vorteile sehen Sie darin?

Der CDO der Stadt ist organisatorisch als Stabsstelle beim Oberbürgermeister angesiedelt, allerdings ohne personellen Unterbau, sozusagen als König ohne Reich. Deshalb ist die Kombination aus CDO und Geschäftsführerin von KL.digital so spannend, weil ich ein Team habe. Meine Aufgabe als CDO sehe ich darin, in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken, etwa über den Digitalbeirat. Ich kann auch gut zwischen dem Digitalisierungsteam und der Stadtverwaltung vermitteln. Es geht dabei um die Frage, welchen Nutzen die Smart-City-Projekte für das Alltagsgeschäft der Stadtverwaltung haben. Wir machen ja nicht irgendwas, sondern erproben, wie kommunale Aufgaben auf eine moderne Art und Weise erledigt werden können. Als CDO kann ich dies authentischer erklären.

Das ist für Sie aber keine Daueraufgabe?

Als Professor Dieter Rombach die ehrenamtliche CDO-Aufgabe abgegeben hat, war der Gedanke, dass zumindest für eine Übergangszeit das CDO-Amt bei KL.digital angesiedelt wird. Denn in der Stadtverwaltung soll ein neues Referat für Digitalisierung und Innovation entstehen, dessen Leiter oder Leiterin gleichzeitig CDO sein soll. Allerdings ist Stand heute

nicht klar, ob das Referat tatsächlich kommen wird, weil sich der Stadtrat dazu noch nicht final positioniert hat. Ich finde, die jetzige Lösung hat ganz viel Charme.

Wenn die Smart City Realität wird, wie lebt es sich künftig im herzlich digitalen Kaiserslautern?

Die Kommunen werden derzeit gleich von mehreren Krisen gebeutelt. Ich bin mir sicher, dass sich die Klimakrise noch ganz extrem auf die Städte auswirken wird. In Kaiserslautern wollen wir es schaffen, dass die Bürger weiterhin gerne in der Stadt leben. Dafür nutzen wir die Digitalisierung. Meine Vorstellung von einer Smart City ist, dass die Stadt trotz aller Herausforderungen lebenswert bleibt.

Interview: Alexander Schaeff

Link-Tipp

Weitere Informationen über die Projekte der Smart-City-Modellstadt Kaiserslautern:

- www.herzlich-digital.de
- <https://klmitwirkung.de>

Zukunft wird Realität

Meta Koch

Wuppertal will bis zum Jahr 2026 eine umfassende Smart-City-Strategie umsetzen. Erste Quick-Win-Projekte wurden bereits realisiert, so etwa verschiedene Virtual- und Augmented-Reality-Anwendungen oder öffentliche Touchdisplays in den Verwaltungsstellen.

Virtuelle Begegnungen im Wuppertaler Zoo? Das ist nicht nur Zukunftsmusik, sondern bald schon Realität in der grünen Großstadt. Denn die Stadt Wuppertal ist eines von 73 Modellprojekten für „Smart Cities made in Germany“, ein vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gefördertes Digitalisierungsprogramm für deutsche Städte, Kreise und Gemeinden. 2021 hat sich Wuppertal für das Projekt erfolgreich beworben. Aktuell entwickelt die Stadt eine Smart-City-Strategie und setzt erste Projekte um.

Ob Strukturwandel, Urbanisierung oder Digitalisierung – unsere Welt verändert sich stetig. Die Städte müssen auf diese Entwicklungen reagieren. Durch das Smart-City-Projekt geht Wuppertal nicht nur mit dem Wandel, sondern setzt (digitale) Impulse und gestaltet diesen proaktiv. Die Großstadt erhält damit die Chance, zu einer lebenswerten, vernetzten und vor allem zukunftsfähigen Kommune zu werden. Die Basis hierfür ist eine Smart-City-Strategie, welche die digitale und smarte Transformation speziell in puncto Lebensqualität, Umwelt, Mobilität und Wirtschaftlichkeit vorantreibt. Damit wird Wuppertal zu einer Zukunftsstadt

für Bürgerinnen und Bürger, für die Forschung, Touristen und Wirtschaftsakteure. Das gesamte Projekt soll bis zum Jahr 2026 in zwei Phasen realisiert werden. Für die Entwicklung hin zu einer smarten Stadt bilden folgende Handlungsfelder die Basis: Smarte Verwaltung, Smarte Mobilität, Smarte Wuppertaler*innen, Smarte Umwelt, Smarte Wirtschaft und Smartes Leben.

Die erste Phase ist in diesem Jahr erfolgreich gestartet. Unter dem Motto „Gemeinsam machen wir Wuppertal smart“ wurde eine Reihe von Workshops durchgeführt, die auf den vordefinierten Handlungsfeldern aufbauen. Hier brachten sich Bürger und Fachexperten mit Ideen und Vorschlägen rund um das Thema Smart City ein. Denn: Ein smartes Wuppertal soll für und mit den Bürgern gestaltet werden und berührt verschiedene Bereiche des

öffentlichen Lebens, wie zum Beispiel die Stadtverwaltung.

Mit der Digitalisierung und der intelligenten Vernetzung eröffnen sich für diese ganz neue Möglichkeiten: Die Erweiterung der Online-Services und der Ausbau der digitalen Infrastruktur werden Verwaltungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger einfacher und komfortabler machen. Zukünftige Mobilität erhöht durch digitale Lösungen vor allem die Lebensqualität. Konkret bedeutet das die Vernetzung verschiedenster Verkehrsmittel und Infrastrukturen wie Parkplätze oder Verkehrsschilder, um ein lückenloses Mobilitätsangebot zu ermöglichen.

Im Handlungsfeld Smarte Wuppertaler*innen geht es insbesondere darum, wie die Digitalkompetenz der Stadt aussieht, welche Technologien unser Leben bereits

Hintergrund

Das Team „Competence Center Smart City“ der Stadt Wuppertal unter Leitung von Samir Bouaissa organisiert das Projekt und steuert den Gesamtprozess. Es arbeitet gemeinsam mit weiteren Ämtern und Fachabteilungen der Stadtverwal-

tung an der Erstellung und Umsetzung der Smart-City-Strategie. Gefragt sind außerdem die Expertise aus Wissenschaft und Forschung, von Unternehmen, Verbänden und Vereinen sowie Ideen und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger.

bereichern und wo es noch smarter und digitaler werden kann. Das Themenspektrum reicht dabei von der Befähigung im Umgang mit Digitalem über lebenslanges Lernen bis hin zu Assistenzsystemen im öffentlichen Raum oder zu Hause. Digitale Potenziale zur Steigerung der Effizienz und Ökologie Wuppertals werden für das Handlungsfeld Smarte Umwelt identifiziert und in konkrete Projekte überführt. Schwerpunkte liegen dabei auf der Ressourcenschonung, erneuerbaren Energien sowie einer nachhaltigen Stadtplanung und -entwicklung inklusive Optimierung des Hochwasser- und Katastrophenschutzes. Das Handlungsfeld Smartes Leben wiederum zielt auf die Gestaltung des individuellen Lebensraums der Bürger ab, mit dem Ziel der Sicherheit und des kulturellen Austauschs. Ebenso sind gesunde Lebensweisen und die Vernetzung der Bürger in den Stadtquartieren Gegenstand der Diskussion.

Die Zukunftsfähigkeit einer Stadt ist eng gekoppelt an deren Wirtschaftlichkeit und Standortattraktivität. Deshalb wird die Stadt Wuppertal digitale Maßnahmen entwickeln, welche die Produktivität, die Nachhaltigkeit sowie die Attraktivität der lokalen Wirtschaft steigern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dadurch wird ein innovationsfreudiges Klima für die Unternehmen in Wuppertal sowie für globale Akteure geschaffen.

Neben den Workshops werden Ende 2022 erste Quick-Win-Projekte umgesetzt. Durch Virtual- und Augmented-Reality-Anwendungen im Wuppertaler Zoo etwa können Besucher Tiere virtuell beobachten, die nicht vor Ort leben. Damit wird



Im Wuppertaler Zoo lassen sich Tiere auch virtuell beobachten.

das Angebot des grünen Zoos noch vielfältiger und attraktiver. Eine virtuelle Zeitreise durch die bergische Großstadt ist im Rahmen eines digitalen Stadtspaziergangs geplant. Hier erfahren Teilnehmende nicht nur mehr über die Geschichte und die Sehenswürdigkeiten Wuppertals, sondern erleben sie virtuell. Sowohl Touristen als auch Einheimische entdecken dadurch eine ganz neue Seite der Stadt. Zu den weiteren Quick-Win-Projekten zählen öffentliche Touchdisplays in den Verwaltungsstellen. Mit deren Hilfe können Behördengänge in Zukunft schneller und komfortabler erledigt werden. Besucher erhalten die gewünschten Informationen nicht nur einfacher, die Daten können auch schneller aktualisiert und ergänzt werden.

Im Rahmen der Quick-Win-Projekte ist zudem ein Smart City Lab als Ort der Begegnung vorgesehen. Das Smart City Lab ist das Experimentierlabor für Smart-City-Projekte. Hier werden Technologien der Stadtentwicklung, Potenziale von Daten und digitale Lösungen an-

schaulich vorgestellt und erlebbar gemacht. Das gemeinsame Erarbeiten von Projekten und Initiativen sowie das Identifizieren passender Kooperationspartner wird ebenfalls gefördert. Darüber hinaus sind noch eine Reihe weiterer Quick-Win-Projekte in Planung, etwa die Realisierung eines Management Dashboards oder die Digitalisierung der Stadtentwicklung.

Ab dem Jahr 2023 setzt die Stadt Wuppertal im Rahmen der Smart-City-Strategie weitere große Projekte um, die sich aus der Strategiephase ergeben und allesamt die Lebensqualität der Bürger und die Ressourcennutzung verbessern sollen. Die Smart-City-Strategie und die konkreten Maßnahmen durchdringen mit ihrer Ganzheitlichkeit das Stadtleben und die Stadtentwicklung nachhaltig. Damit wird sich Wuppertal als smarte Leitkommune etablieren.

Meta Koch ist Referentin für Kommunikation und Marketing im Amt für Informationstechnik und Digitalisierung der Stadt Wuppertal.

Der Hidden Champion

Oliver Wolf / Esther Gunkel

Dass Bad Nauheim ein Hidden Champion unter den deutschen Smart Cities ist, brachte im Jahr 2021 eine Studie von Haselhorst ans Licht: In deren Ranking belegte die Kurstadt den fünften Platz. Das zeigt: Tradition und Moderne müssen sich nicht ausschließen.

In der Metropolregion Rhein-Main bietet Bad Nauheim 33.000 Menschen ein Zuhause und weist ein ausgeglichenes Pendlersaldo auf. Die Kurstadt wirbt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität und wächst stetig. Mehr Menschen, mehr Gäste, mehr Infrastruktur, mehr Verkehr, mehr Leben. Die positive Entwicklung bringt jedoch Herausforderungen mit sich: Volle Straßen, eine gestiegene Geräuschkulisse und Bereiche, in denen der Klimawandel den Pflegeaufwand von Parks erhöht und Hitzeinseln in der Innenstadt schafft. Die Ansprüche an ein gepflegtes Stadtbild und Sauberkeit sind hoch.

„Intelligenter Entscheidungen werden wir nur durch den Einsatz smarterer Technologie treffen. Daher war es für uns alternativlos, digital zu denken“, konstatiert Matthias Wieliki, der als Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung im Jahr 2018 einen konzernumfassenden Prozess initiierte und die erforderlichen Ressourcen einsetzte, um Bad Nauheims Zukunftsfähigkeit zu sichern. Dieser Ansatz hat Bad Nauheim als Hidden Champion in der Smart-City-Studie 2021 des Beratungsunternehmens Haselhorst Associates auf Platz 5 im deutschlandweiten Ranking gebracht. Im



Bad Nauheim: Kurstadt wartet mit zahlreichen smarten Lösungen auf.

Konzern Stadt wurde mit den Fachbereichen und den Tochtergesellschaften innerhalb eines Strategieprozesses eine gemeinsame Richtung festgelegt. Mit den Stadtwerken sowie dem Fachbereich Kur- und Servicebetrieb waren entscheidende Schlüsselakteure gewonnen. Die Stadtwerke sind durch Investitionen in Glasfasernetz, Innenstadt-WLAN und einer LoRaWAN-Architektur Infrastrukturgeber. „Wir erreichen nicht nur einen effektiveren Ressourceneinsatz, sondern schaffen auch attraktive Arbeitsbedingungen, indem digitale Technik und smarte Lösungen in unsere Arbeitswelt einziehen“, erklärt Steffen Schneider, Leiter des Fachbereichs Kur- und Servicebetrieb. Bad Nauheim wird smart und das nicht zum Selbstzweck, sondern um Bedürfnisse von Anspruchsgruppen zu erfüllen.

Die nutzerzentriert definierten Use Cases wurden über den Design-Thinking-Ansatz entwickelt. Die digitale Agenda von Bad Nauheim ist in zehn Handlungsfelder unterteilt: Verwaltung, Mobilität, Beteiligung, Sicherheit, Gesundheit, Tourismus, Energie, Wohnen, Wirtschaft und Infrastruktur. Die einzelnen Bereiche sind in unterschiedlicher Detailtiefe ausgearbeitet. Aufgrund begrenzter Ressourcen genießen die Handlungsfelder Verwaltung, Mobilität, Wirtschaft und Infrastruktur bei der Lösung aktueller Herausforderungen eine höhere Priorität. Weitere Handlungsfelder und Maßnahmen folgen nach Kapazitäten und Dringlichkeit, die sich agil verändert.

Ein kleiner Use Case wurde mit den ersten Parksensoren im Stadtgebiet umgesetzt. An Feuerwehrzu-

fahrten von Schul- und Klinikgebäuden wurden Sensoren in die Straße eingelassen. Sie erfassen parkende Fahrzeuge im absoluten Halteverbot und melden dieses via Narrowband Internet of Things (IoT) einer Plattform. Auf einem Dashboard werden die Falschparker angezeigt und dem Ordnungsamt übermittelt. Eine Historie gibt Aufschlüsse über häufiger blockierte Zufahrten und ermöglicht eine gezieltere Routenplanung für Ordnungskräfte. Außerdem sorgte die Zulassung verschiedener Dienstleister in Bad Nauheim für eine erfolgreiche Einführung von Smart Parking.

Der hohe Transformationsdruck auf die Innenstädte ist eine zentrale Herausforderung in Bad Nauheim. Neue Nutzungsmuster der Menschen, wachsender Online-Handel, lokale Auswirkungen der globalen Erwärmung sowie neue Gefahrenszenarien zeigen Wirkung. Gleichzeitig gewinnen Freiflächen, Parks und Begegnungsräume an Bedeutung. Um die Aufenthaltsqualität zu sichern, müssen evidenzbasiert bessere Entscheidungen getroffen und Ressourcen eingesetzt werden. Insgesamt wird eine Million Euro investiert, um innerhalb der Use Cases Verkehr und Mobilität, Klima und Nachhaltigkeit, Sicherheit sowie Stadtbild und Sauberkeit smart zu steuern.

Flächendeckend verbaute Verkehrssensoren liefern belastbare Entscheidungsgrundlagen zu Standorten von Mobilitätshubs und der

Wirkungsmessung verkehrssteuernder Maßnahmen. Die Besuchsfrequenz von Park und Fußgängerzone kann live über ein Smart City Dashboard online sowie auf Displays im Stadtgebiet eingesehen werden. Diese Information dient, neben smarten Abfallbehältern, der optimierten Abfallentsorgung und Stadtreinigung. Eine intelligente Geräuschsensorik wiederum ermöglicht den gezielten Einsatz der Hilfspolizei, noch bevor Lärmbeschwerden eingehen oder Vandalismusschäden entstehen. Über Bodenfeuchtigkeitssensoren und die Einbindung intelligent gesteuerter Zisternensysteme wird die Bewässerung der Grünflächen nachhaltiger gestaltet. Klimasensoren in der Fußgängerzone geben den Menschen einen Überblick zu Mikroklima und Luftqualität. Sie messen die Feinstaubbelastung und sind ein wichtiger Live-Indikator zur Wirkungsweise der in der städtischen Nachhaltigkeitsstrategie definierten Maßnahmen.

Über eine offene urbane Datenplattform wird die Vielzahl an Sensoren, die je nach Anforderung der Datenübertragung per LoRaWAN, LTE, WLAN und Glasfaser verbunden sind, zusammengeführt. Analysen, die auf den Bedürfnissen des Konzerns Stadt basieren und diverse Datenquellen kombinieren, liefern die Basis für Steuerungsentscheidungen im Konzern, Informationen für ein öffentliches Smart City Dashboard und eine Open-Data-Schnittstelle. Das Projekt wird von 2022 bis 2024 vom Land Hes-

sen im Rahmen des Programms „Starke Heimat Hessen“ gefördert.

Im Handlungsfeld Wirtschaft wurde der regionale Online-Marktplatz „BadNauheimLiebe.de“ gelaunched. Während der coronabedingten Lockdowns als klassischer Online-Shop konzipiert, konnte die Plattform zum digitalen Schaufenster weiterentwickelt werden. Die Investition trägt somit auch heute noch nachhaltig zur Digitalisierung der Bad Nauheimer Wirtschaft bei. Über 130 Geschäftsprofile haben mit rund 2.800 Produkten eine digitale Sichtbarkeit, die von reichweitenstarken Social-Media-Kanälen unterstützt wird.

Für die Menschen, die in Bad Nauheim leben, ist es nicht nur wichtig, als Stadt smart zu werden, sondern auch Arbeitsbedingungen zu bieten, die in Zeiten von Fachkräftemangel Wettbewerbsvorteile bieten. Neben dem Rathaus stehen hier die Kitas durch die Ausstattung mit Tablets und leistungsfähigem WLAN für Berichtspflichten im Fokus. Der digitale Workflow zur Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Baubetriebshof zur Abwicklung des Auftragswesens optimiert Arbeitsprozesse. Die digitale Dokumentation von Schäden und Kontrollen, unter anderem in der Grünpflege und von Spielplätzen, erhöhen die Effizienz der Arbeitsstrukturen und die Sicherheit für die Menschen in Bad Nauheim.

Oliver Wolf ist bei der Stadt Bad Nauheim Referent für Digitalisierung und Projektleiter des Digitalen Innenstadtmanagements; Esther Gunkel ist bei der Stadt Bad Nauheim Referentin für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Link-Tipp

Weitere Informationen zur Smart-City-Strategie von Bad Nauheim:

- www.bad-nauheim.de/de/lebenswert/digitalisierung-digitale-stadt

Smart City meets Geo

Monika Rech-Heider

Die digitale Transformation ist eines von vier Nachhaltigkeitszielen auf der Agenda der Stadt Bonn. Die Beteiligten arbeiten dank einer intelligenten Organisation gut zusammen, gehen ungewohnte Wege und setzen auf das Gemeinwohl.

Die Bundesstadt Bonn zählt nach einem jüngst vom IT- und Tech-Magazin c`t veröffentlichten Ranking zur Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen bundesweit zu den Vorreitern und nimmt hinter Nürnberg und Bremen den dritten Platz ein. Beim Smart City Ranking 2021 des Branchenverbands Bitkom belegt Bonn bei den Verwaltungsdienstleistungen mit dem fünften Platz ebenfalls einen der vorderen Ränge. Und auch insgesamt bewegt sich Bonn mit Platz 12 unter den 81 untersuchten Städten im Bereich der digitalen Pioniere.

„Dass sich die Bundesstadt bundesweit am Grad der Digitalisierung messen lassen kann, baut auf einem gesunden Fundament auf: einer sinnvoll aufgesetzten Organisation, einer funktionierenden Kommunikation der Beteiligten und nicht zuletzt dem Mut der Verantwortlichen, auch neue Wege auszuloten“, erläutert Friedrich Fuß. Der ehemalige Telekom-Vorstand ist seit 2018 Chief Digital Officer (CDO) der Stadt Bonn. Unter seiner Leitung wächst eine Digitalstrategie heran, welche die städtischen Digitalisierungsziele mit Leben füllt. Dazu zählt, Bürgerinnen und Bürgern im Sinne einer modernen Verwaltung mit online verfügbaren



Die App Citykey stellt Bürgerinnen und Bürgern Services gebündelt zur Verfügung.

Dienstleistungen das Leben zu erleichtern. Im c`t-Ranking landete Bonn genau deswegen in den Top Drei: Die Stadt bietet 10 der 13 am häufigsten nachgefragten Bürgerservices online an.

Um den Zugang zu den städtischen Dienstleistungen so einfach wie möglich zu gestalten, hat Bonn darüber hinaus gemeinsam mit der Deutschen Telekom und anderen deutschen Städten die App Citykey entwickelt und im März 2022 freigeschaltet. Sie bündelt verschiedene Services und Informationen in deutscher und englischer Sprache. Bürgerinnen und Bürger können darüber zudem auf die Dienste der Stadtverwaltung zugreifen. Derzeit enthält die App neben Online-Services auch Kurzumfragen, Mängelmelder, Abfallplaner, Veranstaltungen

und Ausflugsziele sowie Nachrichten aus der Stadt. „Wir waren bundesweit die erste Großstadt, die die Citykey-App freigeschaltet hat“, sagt CDO Friedrich Fuß.

Digitalisierung wird in Bonn über die digitale Verwaltung hinaus als Mittel verstanden, das die Ziele der Stadt vorantreibt. Zu der an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen angelehnten Agenda der Bonner Stadtverwaltung gehören Klimaneutralität bis zum Jahr 2035, eine nachhaltige Mobilitätswende und eine starke Teilhabe der Gesellschaft. Die Digitalisierung zählt als eigenständiges Ziel ebenfalls zum Orchester der Zukunftsaufstellung, gilt aber gleichzeitig als Querschnittsthema. Im Klartext heißt das: CDO Friedrich Fuß ist Ansprechpartner, wenn die jeweiligen

Projektbüros Digitalisierungsmaßnahmen oder digitale Unterstützung in den Blick nehmen, um im Bereich Klimaneutralität, Mobilität oder soziale Teilhabe Erfolg versprechende Maßnahmen aufzusetzen. „Eine transparente, vom Willen gemeinsam erfolgreich zu sein, getragene Zusammenarbeit zwischen allen Abteilungen der Stadt ist für übergreifende Projekte der Schlüssel zum Erfolg“, so Fuß.

Ein wichtiger Treiber der Digitalstrategie ist die hohe Geo-Kompetenz der Stadt. Hier kommt Ulrich Ziegenhagen ins Spiel, der als promovierter Geograf und stellvertretender Leiter der Wirtschaftsförderung Bonn schon früh den Wert der starken Geo-IT-Szene der Stadt erkannt und kanalisiert hat. Gemeinsam mit der IHK Bonn/Rhein-Sieg hat er bereits im Jahr 2004 die geobusiness region bonn initiiert, die Forschung und Wissenschaft, Verwaltung und ein breit angelegtes, innovatives Unternehmensnetzwerk an einen Tisch bringt. Inzwischen hat sich die geobusiness region bonn etabliert. Das

Netzwerk bietet ein Geo-Mentoring-Angebot für Studierende, die Kommunikation über die Homepage sowie das jährliche Treffen GeoDIALOG.

Im Rahmen des Smart-City-Strategieprozesses haben CDO Fuß und Wirtschaftsförderer Ziegenhagen die Player der Geobranche als wichtige Akteure und Innovationsträger der Digitalisierung in einem bundesweit einzigartigen Ansatz integriert. „Ende vergangenen Jahres haben wir als geobusiness region bonn gemeinsam mit den Playern der Smart City Bonn die Workshop-Reihe ‚Smart City Bonn meets Geo‘ gestartet. Ziel dabei war und ist es, das umfangreiche und verteilt vorliegende Geowissen der Stadt Bonn zu bündeln und sinnvoll und nachhaltig für die Smart City einzusetzen“, so Ziegenhagen.

Das Besondere an der Reihe ist, dass sich alle Teilnehmenden als Teil der Stadtgesellschaft zum Gemeinwohlgedanken bekennen und in drei Workshops ehrenamtlich mithilfe digitaler Werkzeuge nach

Lösungen für Fragen suchen, welche die Bevölkerung umtreiben. Ein vielversprechender Ansatz ist ein auf Geodaten basierendes Portal, auf dem Teilnehmende Daten zum Themenkomplex Verkehr gesammelt und anschaulich aufbereitet haben. Für Verkehrssimulationen sollen in einem nächsten Schritt Echtzeitdaten aus dem Nahverkehr integriert werden.

Ziel ist es darüber hinaus, Datensätze mit Umweltthemen wie Wetterdaten und Daten zu Luftschadstoffen anzureichern und diese den Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung sowie politischen Entscheidungsträgern zur Interaktion und Information in Form einer App zur Verfügung zu stellen.

Monika Rech-Heider ist freie Journalistin in Köln.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://smartcity.bonn.de>
- www.bonn.de/microsite/smartcity/geobusiness-region-bonn

Anzeige



Dienste aus dem Container

J. Backes / M. Diepold

Cloud-Ökosysteme spielen für die weitere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung eine wichtige Rolle. Mit der Technologie der Containerisierung und der Kubernetes-Software lassen sich Lastspitzen auffangen und somit Risiken und Kosten reduzieren.

Die öffentliche Verwaltung steht unter erheblichem Transformationsdruck. Dabei spielen Cloud-Technologien eine entscheidende Rolle. Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) untersuchen die Vorteile eines Cloud-Ökosystems, die Herausforderungen und wie die Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Rechenzentren erfolgen kann.

Bei einer Cloud handelt es sich abstrakt gesprochen um ein technisches Ökosystem, das Computer-Ressourcen zur Verfügung stellt. Das können Rechenleistung, Speicher oder Software sein. In aller Regel werden die Leistungen ortsunabhängig über das Internet angeboten. Nutzer der Cloud wissen daher nicht, welches Rechenzentrum die Leistungen bereitstellt. Daher stellen sich sofort datenschutzrechtliche Fragen. Der hohe Stellenwert von Datenschutz und Datensicherheit in der öffentlichen Verwaltung steht aber nicht im Widerspruch zum Cloud-Gedanken. Neben den großen Cloud-Anbietern (Google, Microsoft, IBM, Telekom) besteht auch die Möglichkeit, eine Unternehmens- oder eine private Cloud aufzubauen. Diese wird dann

an einem oder mehreren ausgewählten Standorten, etwa in den öffentlich-rechtlichen Rechenzentren in Deutschland, betrieben. Das ist auch der Grundgedanke der Deutschen Verwaltungcloud.

Eine Cloud muss aber nicht nur die Ressourcen zur Verfügung

stellen, sondern diese auch passend zum jeweiligen Bedarf liefern. Bei traditionellen Systemen werden Anwendungen auf einem Server betrieben. Es stehen also in einem abgeschlossenen System bestimmte Ressourcen wie Rechenleistung oder Arbeitsspeicher zur Verfügung. Ein starres und monolithisches System, in dem Lastspitzen schnell zum Ausfall führen können. Außerdem ein sehr kostenintensives, da sich die Ressourcen an den Lastspitzen orientieren müssen. Um Risiken und Kosten zu reduzieren, gibt es das Technologie- und Architekturprinzip der virtuellen Maschinen. Dabei werden Computer-Systeme als Software abgebildet und verfügen über ein eigenes Be-



Kubernetes-Software: Austausch von Containern problemlos möglich.

triebssystem und eigene Ressourcen. Verschiedene virtuelle Maschinen können über mehrere Server verteilt werden. Dadurch werden eine flexiblere Verwaltung der Ressourcen und eine höhere Skalierung der Anwendungen erreicht.

Für Herausforderungen moderner Systeme – insbesondere im Internet – ist das aber noch nicht ausreichend. Daher wurde die Containerisierung als weitere Technologie entwickelt. Container sind wesentlich schlanker als virtuelle Maschinen. Ein Container ist ein kleines Computer-System, das rudimentär über Ressourcen und ein kleines Betriebssystem verfügt. In einem Container läuft als Anwendung ein

Microservice. Software, etwa ein Online-Verwaltungsdienst, besteht aus mehreren Microservices, die in verschiedenen Containern laufen.

Hier kommt Kubernetes ins Spiel, eine Lösung, welche die Verwaltung der Container ermöglicht und zum Beispiel für einen Lastausgleich sorgt – je nachdem werden Container hinzugefügt oder wieder abgeschaltet. Kubernetes besitzt auch Selbstheilungskräfte: Fällt ein Container aus, wird er ersetzt. Der Betrieb ist nicht mehr an ein Rechenzentrum gebunden, sondern kann sich über mehrere verteilen. Genau ein solches Ökosystem haben das KRZN und die AKDB gemeinsam aufgebaut und übernehmen bei verschiedenen Anwendungen bereits den produktiven Betrieb.

Das KRZN ist vor sieben Jahren in die Technologie der Containerisierung eingestiegen. 2019 fiel die strategische Entscheidung für Kubernetes. Eine der größten Herausforderungen aus systemtechnischer Sicht war dabei, Konzepte für Systemumgebungen zu entwickeln, obwohl viele künftige IT-Anforderungen noch nicht absehbar waren. Neue Anwendungen, die containerisiert werden, führen zu neuen Anforderungen. Die hohe Flexibilität und Skalierbarkeit einer Kubernetes-Umgebung bieten aber gute Möglichkeiten, den sich verändernden Anforderungen zu begegnen.

Das KRZN betreibt seine Kubernetes-Cluster im eigenen Rechenzentrum als private Cloud. Innerhalb der Cluster verrichten mehr als 2.500 Container ihren Dienst. In allen wesentlichen Netzbereichen wurden aus Sicherheitsgründen ei-

gene Cluster etabliert. Hinzu kommen Entwicklungscluster für verschiedene Fachbereiche. Bei den Kubernetes-Servern (Knoten) handelt es sich um eine Mischung aus virtuellen Systemen und dedizierter Hardware. Welche der beiden benutzt wird, hängt von den jeweiligen Anforderungen der Anwendungen ab. Auch eine Mischung ist problemlos möglich. Erreicht die Auslastung der Knoten ein gewisses Maß, kann der Cluster durch das Hinzufügen weiterer Knoten skaliert werden. Dies ist innerhalb weniger Stunden möglich, inklusive der Bereitstellung des Systems.

Die AKDB hat im gleichen Zeitraum eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut. Hauptgrund war unter anderem, dass es bei verschiedenen Online-Diensten zu erheblichen Lastspitzen kam, die mit herkömmlichen Systemen nicht abgedeckt wurden, etwa beim Antrag auf Briefwahlunterlagen. Innerhalb Bayerns wurden binnen kurzer Zeit mehr als 600.000 Online-Anträge gestellt. Die AKDB betreibt aktuell 16 Kubernetes-Cluster im eigenen Rechenzentrum als private Cloud. Insgesamt sind das rund 60 Worker Nodes, auf denen über 3.000 Container unterschiedliche Online-Dienste zur Verfügung stellen. Für jede Applikation existieren eigene Cluster, um die Netzbereiche aus Sicherheitsgründen voneinander zu trennen. Die AKDB stellt baugleiche Kubernetes-Cluster bereit – von der Entwicklung bis zur Produktion. Die Kubernetes-Nodes werden auf virtuellen Maschinen und explizit dafür bereitgestellter Hardware (ESX) betrieben. Mittels Monitoring wird die Auslastung der Nodes ständig überwacht. Es können bei Bedarf innerhalb kurzer Zeit

sowohl die Rechenkapazität der Nodes erhöht als auch dem Cluster weitere Worker Nodes hinzugefügt werden.

Damit wurde ein produktives Ökosystem für die öffentliche Verwaltung geschaffen, das alle Anforderungen an eine moderne Cloud erfüllt. Die Betriebsstätten liegen beim KRZN und der AKDB, das heißt bei öffentlich-rechtlichen und BSI-zertifizierten Rechenzentrumsbetreibern. Durch eine standardisierte und abgestimmte Infrastruktur ist der Austausch von Containern und somit von Software problemlos möglich. Eine Installation ist in dem jeweiligen Rechenzentrum nicht erforderlich, da die Container einfach ausgetauscht werden. Sämtliche Betriebskomponenten des Cloud-Ökosystems beruhen ausschließlich auf Open Source, was die digitale Souveränität der Cloud gewährleistet.

In Zukunft könnten und sollten Rechenzentren so miteinander vernetzt sein, dass ein verteilter Betrieb der Cloud-Anwendungen möglich ist. Das erhöht nochmals die Ausfallsicherheit und erweitert die Skalierbarkeit der Systeme. Alle öffentlich-rechtlichen Rechenzentren sind daher eingeladen, sich am Cloud-Ökosystem zu beteiligen. AKDB und KRZN betrachten die bestehende Cloud als Keimzelle für die Deutsche Verwaltungcloud und nehmen hier ihre Verantwortung als öffentlich-rechtliche Dienstleister für Bund, Länder und Kommunen wahr.

Jürgen Backes ist Produktverantwortlicher System-Management beim KRZN; Michael Diepold ist Senior Vice President Digital Government bei der AKDB.

Endstation Keller

Die Inhouse-Verkabelung stellt kommunale Wohnungsgesellschaften beim Glasfaserausbau vor Herausforderungen. Engpässe bei Material und Anbietern kommen erschwerend hinzu.

Die Glasfaser ist die Technologie der Zukunft. Auch die heutigen Koax-Infrastrukturen der Kabelnetzbetreiber werden sich mittel- bis langfristig in Richtung Glasfaser entwickeln. Doch aktuell haben erst rund 20 Prozent der Haushalte eine Zugangsmöglichkeit. Der Anschluss führt im Gebäude in der Regel in den Keller. Dann ist in den meisten Fällen zunächst Schluss. Denn in den Gebäuden gibt es nur in wenigen Fällen ein adäquates Netz, mit dem Mieter die Glasfaser nutzen können. Marktexperten wie vitronet-Geschäftsführer Christoph Lütke gehen davon aus, dass in den kommenden zehn Jahren in Beständen der kommunalen und öffentlichen Wohnungsunternehmen noch weit über zwei Millionen Wohneinheiten in den Liegenschaften an die Glasfaser angeschlossen werden müssen.

Das ist eine Herkulesaufgabe. Beim Blick auf die Substanz der Liegenschaften zeigen sich eklatante Unterschiede. Am effizientesten lässt sich die Umstellung auf Glasfaser in Neubauten realisieren. Doch diese machen im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau aktuell nur einen Prozentbruchteil aus. Überwiegend handelt es sich um ältere Bestandsgebäude.

Vor Verlegungen sind daher jedes Mal aufwendige individuelle Begehungen nötig. Für viele Gebäude fehlen Dokumentationen, entspricht der Zustand nicht mehr dem aktuellen Brandschutz und müssen passende alternative Verlegetechniken analysiert werden. So ist mit hoher Wahrscheinlichkeit in den meisten



Inhouse-Verkabelung: Kein leichtes Unterfangen.

Gebäuden der kommunalen Wohnungsunternehmen für Inhouse-Verkabelungen der Aufbau neuer Netzinfrastrukturen erforderlich.

Der Ausbau ist heute häufig mit hohen Kosten verbunden. Doch wie sieht es mittelfristig aus? Der Spielraum für Vermieter und Mieter wird durch hohe Inflationsraten, explodierende Energiekosten sowie Knappheit bei Materialien und Fachkräften immer enger. Hinzu kommen neue Rahmenbedingungen durch die im Dezember 2021 in Kraft getretene Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG),

welche die Möglichkeiten für Vermieter stark limitieren.

Ist die Entscheidung für eine Inhouse-Verkabelung gefallen, folgt die nächste Herausforderung. Denn das aus anderen Bereichen bekannte Phänomen des Fachkräftemangels setzt sich hier fort. Ausgebildete Installationstechniker, die Glasfaser montieren, ablegen und spleißen können, sind rar. Die Zahl der bundesweit tätigen Dienstleister im Glasfaserinfrastrukturausbau, wie etwa die vitronet-Gruppe, die in der Fläche und in Gebäuden die gesamte Ausbaupalette abdeckt, ist überschaubar. Auf lokaler und regionaler Ebene agieren zwar einige Tausend kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern, die teils schon jahrzehntelang mit der Wohnungswirtschaft vor Ort bei Installationen zusammenarbeiten. Doch auch sie sind zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen und teils schon mit Aufträgen für die kommenden zwei, drei Jahre ausgebucht. Wohnungsunternehmen sollten sich daher rechtzeitig kompetente Partner suchen und sichern, mit denen man das Thema Inhouse-Verkabelung gemeinsam angehen möchte.

Thomas Fuchs ist Geschäftsführer von fuchs media consult, Gummersbach.

Herausforderungen gemeinsam meistern

Im Interview spricht Christoph Lütke, Geschäftsführer der vitronet-Gruppe, über die Tücken der Inhouse-Verkabelung.

Herr Lütke, die Finanzierung der Inhouse-Verkabelung dürfte die meisten Wohnungsunternehmen überfordern. Ist das vom Gesetzgeber eingeführte Glasfaserbereitstellungsentgelt eine Alternative?

Die Politik hat sich davon einen beschleunigten Ausbau in den Gebäuden erhofft. Dieses Entgelt dürfen Festnetzbetreiber mit Gebäudeeigentümern vereinbaren, wenn sie nach dem 1. Dezember 2021 bis zum Jahresende 2027 in deren Immobilien erstmalig ein hausinternes komplettes Glasfasernetz für Gigabit-Dienste errichten. Vermieter können das Entgelt unter bestimmten Bedingungen im Rahmen der Betriebskostenabrechnung für fünf und in Ausnahmefällen für neun Jahre mit fünf Euro brutto umlegen. Ausgaben über 300 Euro hinaus sind jedoch dem Mieter zu erläutern. Zudem muss Wettbewerbern der unentgeltliche Zugang zur passiven Netzinfrastruktur sowie den Glasfaserkabeln am Hausübergabepunkt zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen gewährt werden.

Führt das Entgelt zum gewünschten Ziel?

Nein. Angesichts massiver Preissteigerungen sowie der Engpässe bei Fachpersonal und Material führt es aus meiner Sicht nicht zum beschleunigten Ausbau. Ich kenne keinen Netzbetreiber, der in den Altbeständen in nicht refinanzierbare Glasfasernetze in Gebäuden in-

vestiert, auf die sein Wettbewerber sofort und kostenlos zugreifen kann.

Gibt es Alternativen?

Für Vermieter gilt grundsätzlich Vertragsfreiheit. Sie sollten auf das Entgelt und die Umlagefähigkeit verzichten, sich einen öffentlichen Netzbetreiber suchen und mit diesem einen frei gestaltbaren Vertrag für die Inhouse-Verkabelung und den Netzbetrieb schließen. Als jahrzehntelanger Partner der Wohnungswirtschaft beraten wir Vermieter gerne und übernehmen auch den Ausbau und Betrieb. Zudem hat der Vermieter laut Telekommunikationsgesetz eine weitere Option. Er kann das Glasfasernetz selber bauen. Die Investitionskosten lassen sich über eine Modernisierungsumlage von bis zu acht Prozent zeitlich unbegrenzt auf die Nettokaltmiete umlegen. Dafür entfällt das Glasfaserbereitstellungsentgelt und er muss den offenen Zugang für Dritte sowie die Wahlfreiheit des Anbieters für den Mieter gewähren. Dagegen sprechen der immer engere Spielraum bei der Nettokaltmiete durch Preissteigerungen sowie zu erwartende exorbitante Zusatzbelastungen der Mieter durch Energiekosten.

In vielen Gebäuden liegen Koaxial- und Kupfernetze, die sich auch zur Internet-Versorgung nutzen lassen. Sind diese zumindest vorübergehend eine Lösung?

Die Streichung der mietrechtlichen Umlagefähigkeit der Betriebs-



Christoph Lütke

kosten von Gemeinschaftsantennenanlagen nach einem Übergangszeitraum ab dem 1. Juli 2024 wurde von vielen Verbänden der Wohnungswirtschaft und Breitbandbranche im Vorfeld der Gesetzgebung abgelehnt. Das gilt auch für mit einem Breitbandnetz verbundene private Verteilanlagen für Bestandsimmobilien. Ab diesem Datum müssen jeweils Einzelverträge mit den Mietern geschlossen werden. Die Kabelnetzbetreiber reagieren bereits und rüsten ihre Infrastrukturen technologisch in Richtung Gigabit-Netze auf.

Wie lauten Ihre Empfehlungen?

Ich rate dazu, auf Schnellschüsse zu verzichten, das Thema Inhouse-Verkabelung strukturiert mit einem kompetenten Partner anzugehen und die beschriebenen drei Alternativen hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs zu analysieren. Dabei können erfahrene Unternehmen wie vitronet, die in der Lage sind, passende Lösungen zu entwickeln, und den Markt kennen, beratend unterstützen. Allerdings sollte man sich angesichts der immer engeren fachlichen und personellen Kapazitäten nicht zu viel Zeit dafür lassen.

Interview: Thomas Fuchs

Platzbedarf im Blick

Als erste Gemeinde des Kreises Herford hat Hiddenhausen ein neues Planungs- und Vergabefahren für Kita-Plätze eingeführt. Stefanie Schlagner, damals stellvertretende Amtsleiterin in Hiddenhausen, erteilt Auskunft über das erfolgreiche Pilotprojekt.

Frau Schlagner, was hat Sie in der Gemeinde Hiddenhausen bewogen, den ersten Schritt zu tun und mit der Lösung kitaVM von Anbieter Trinuts zu starten?

Der Entschluss fiel noch vor meiner Zeit. In Hiddenhausen bestand jedoch schon lange der Wunsch nach einem einheitlichen Anmelde-system. Da war kein langes Überlegen nötig, als der Kreis Herford einen Piloten für dieses Projekt suchte.

Was waren vor der Einführung von kitaVM die größten Probleme bei der Abwicklung der Platzvergabe?

Es fehlte die Transparenz. Jede Einrichtung führte eigene Wartelisten. So konnte nicht wirklich nachvollzogen werden, welche Kinder wo angemeldet waren, ob ein Kind schon untergekommen oder noch auf Platzsuche war. Ein endgültiges Bild ergab sich erst, wenn uns die Kitas ihre Zusagen mitgeteilt hatten. So blieb ein Überblick über den tatsächlichen Bedarf aus. Die Eltern mussten in den Jahren vor kitaVM einen echten Anmeldemarathon hinlegen. In den Anmeldewochen galt es, mehrere Einrichtungen zu besuchen und sich in jeder Wunsch-Kita anzumelden. Außerdem bekamen sie dann mehrere Zusage- be-

ziehungsweise Absageschreiben. Mit kitaVM ist es jetzt viel einfacher: Für die Anmeldung reicht es aus, eine Kita zu besuchen und sich dort für alle Wunsch-Kitas vormerken zu lassen. Die Besichtigung der Kitas kann losgelöst von den Anmeldewochen ganz entspannt im Vorfeld erfolgen. Das bedeutet weniger Zeitdruck für Eltern und Kita-Leitungen. Außerdem schätzen die Eltern sehr, dass sie mit kitaVM nur noch ein Zusage- oder Absageschreiben erhalten.

Zwischen der Entscheidung, kitaVM einzusetzen und dem Produktivstart lagen nur wenige Monate. War dieser Zeitraum ausreichend?

Der Zeitraum war eng getaktet, aber vollkommen ausreichend. Natürlich hätten sich einige Kita-Leitungen etwas mehr Zeit für die Einführung gewünscht, aber dank der guten Unterstützung des Supportteams konnten alle Kitas pünktlich starten.

Welche besonderen Anforderungen der Gemeinde und/oder des Kreises galt es während der Einführung zu beachten?



Kreis Herford kann die Vergabe der Kita-Plätze nun besser planen.

Alle Kitas und die freien Träger waren frühzeitig eingebunden, was den Kollegen im Kreisjugendamt und uns das Leben bezüglich der Kommunikation, der Organisation von Schulungen und auch der Betreuung in der ersten Anwendungsphase sehr erleichtert hat. Der Kreis hat zusätzlich noch die Prüfung der rechtlichen Absicherung (etwa Vertrag und Datenschutz) und die Absprachen zur tatsächlichen Ausgestaltung der Umsetzung übernommen. Trotz des engen Zeitrahmens verlief die Einführung angenehm reibungslos, nicht zuletzt aufgrund der guten Abstimmung mit dem Dienstleister.

Was war Ihnen bei dem neuen Verfahren am wichtigsten?

Es war uns wichtig, dass eindeutig zu erkennen ist, wie viele Kinder

sich in einem Kita-Jahr anmelden wollen, um einen besseren Überblick über den Platzbedarf zu erhalten. So haben wir Planungssicherheit und können ermitteln, in welchem Ortsteil zukünftige Ausbauten notwendig werden.

Und wie haben die Eltern das neue Verfahren aufgenommen?

Sehr gut. Sie freuen sich schon auf die Freischaltung von mykitaVM, der Eltern-App für die Online-Vormerkung und direkte Kommunikati-

onen klar über einzelne Fälle oder über die Gesamtsituation tagesaktueller Fallzahlen sprechen. Und es ist anzumerken, dass die Kommunikation sowohl zwischen den Kita-Leitungen der verschiedenen Träger wie auch insgesamt jetzt optimal

„Vor der Einführung von kitaVM mussten Eltern einen echten Anmeldemarathon hinlegen.“

Wie war die Unterstützung durch die freien Träger?

Alle Träger waren offen für das neue Verfahren und haben von Anfang an intensiv mitgewirkt. Die Kita-Leitungen haben die Umsetzung motiviert und produktiv vorangetrieben.

Welche Rückmeldungen kamen aus den Kitas? Wurden die Erwartungen vor und während der Vergabe erfüllt, und welche Vorteile wurden besonders geschätzt?

Die Rückmeldungen der Kita-Leitungen waren durchweg positiv. Nur vereinzelt gab es Anmerkungen oder sind Fehler aufgetreten, die bei Pilotprojekten naturgemäß vorkommen. Dank der schnellen und professionellen Reaktion des Dienstleisters konnten Wünsche immer schnell umgesetzt und Probleme zeitnah behoben werden. Die erste Vergabe mit kitaVM verlief somit nahezu reibungslos. Seit der Einführung des Verfahrens werden die Absagen zentral von der Gemeinde Hiddenhausen und nicht mehr von den einzelnen Einrichtungen verschickt. Das freut die Kita-Leitungen, da es ihnen viel Arbeit abnimmt. Die Gemeinde wiederum kann genau sehen, welche Kinder in welchem Ortsteil noch auf freie Plätze warten.

on zwischen Eltern, Kitas und Verwaltung.

In diesem Jahr starten nun alle anderen Gemeinden des Kreises mit kitaVM. Was ist aus Ihrer Sicht der Hauptvorteil von kitaVM für die einzelnen Gemeinden?

Ohne Frage die umfassende Transparenz. Alle Beteiligten kön-

läuft. Das fördert die Zusammenarbeit ungemein. Mit kitaVM haben wir nun ein zeitgemäßes und sehr effizientes Verfahren für die Planung und Vergabe unserer Kita-Plätze, das sowohl von den Beteiligten als auch von den Eltern geschätzt wird.

Interview: Dr. Frank Siebert, Geschäftsführer Trinuts GmbH

So wird's rund im Kreis

Als im Jahr 2021 im Kreis Herford die Entscheidung für die Einführung eines Planungs- und Vergabesystems für Kita-Plätze getroffen wurde, geschah dies aufgrund der zu erwartenden Synergien und Verbesserungen im Vergabeprozess. Burkhard Michler, Amtsleiter des Kreisjugendamts, war es daher wichtig, dass bei der Einführung in den sechs Gemeinden des Kreises alle Beteiligten mit Überzeugung an Bord sind. Erst nach einer erfolgreichen Pilotphase sollte das neue Verfahren von allen genutzt werden. Das Vorgehen hat sich bewährt, denn die Gemeinde Hiddenhausen konnte bei der Einführung wertvolle Erfahrungen sammeln, die nun den anderen fünf Gemeinden zugutekommen. Dieser zweite Schritt wird im Herbst dieses Jahres abgeschlossen. Danach wird entschieden,

wann der Online-Zugang der Eltern über das Elternportal freigeschaltet wird. Durch das einheitliche Vorgehen aller Gemeinden vereinfacht sich die Kommunikation mit den Eltern. Zudem hat das Kreisjugendamt nun tagesaktuelle Anmeldedaten mit nur einem Mausklick zur Hand.

In Absprache mit dem Anbieter werden jetzt spezielle Funktionen für die kreisweite Datenaufbereitung implementiert. Da die großen Städte im Kreis nicht nur das selbe Verfahren einsetzen, sondern auch schon die Tagespflegemodule des Systems verwenden, ist der Kreis Herford bereits für zukünftige Herausforderungen wie etwa den Interkommunalausgleich oder die offenen Ganztagschulen gerüstet. So wird die Kinderbetreuung eine kreisrunde Sache.

Familie Glück im Glück

Gerald Leitke

Die Lösung NH-Kindergartenverwaltung SQL vereinfacht die Kita-Anmeldung für Eltern, Kitas und Verwaltung. Mit nur wenigen Klicks können sich Familien um einen Betreuungsplatz bewerben.

Familie Glück sucht einen Kita-Platz. Auf der Homepage der Stadt informiert sie sich über verfügbare Plätze und wird auf das Elternportal der Firma Nordholz weitergeleitet. Durch verschiedene Eingrenzungseinstellungen kann sie ihre Suche genau auf Umkreis, Betreuungsbeginn und -art ausrichten. Mit einem Klick auf die Einrichtung gelangt sie zu einer Übersichtsseite, auf der die Kita ihr pädagogisches Konzept darlegt, von ihrer Ausstattung berichtet und über Betreuungsmöglichkeiten informiert. So kristallisiert sich für Familie Glück schnell diejenige Kita heraus, die besonders gut mit ihren Bedürfnissen übereinstimmt. Nun können die Eltern das Anmeldeformular für ihr Kind ausfüllen und online übermitteln. Dafür geben sie drei Wunscheinrichtungen an, die sie entsprechend priorisieren.

Familien können sich heute dank der Lösung NH-Kindergartenverwaltung SQL, welche ITEBO gemeinsam mit dem Partner Nordholz EDV-Planungsbüro anbietet, mit nur wenigen Klicks und guten Chancen auf einen Betreuungsplatz bewerben. Ist die Anmeldung abgesendet, bearbeiten Kita-Leitung oder Kommune die Anmeldung. Sie haben durch das Kita-

Portal den großen Vorteil, dass Doppel- und Mehrfachanmeldungen entfallen. Denn die Kita-Anmeldung wird nun zentral gesteuert. So müssen Kitas, die aktuell über keine freien Plätze verfügen, deutlich seltener interessierten Familien absagen.

licht es, den Schriftverkehr mit den Eltern lückenlos nachzuverfolgen.

Nach dem Kennenlerngespräch erhält Familie Glück eine Zusage für die Wunsch-Kita, die sich in kirchlicher Trägerschaft befindet. Die Datenhoheit liegt beim Träger



Mit nur wenigen Klicks den passenden Kita-Platz finden.

Während der Bearbeitung können Eltern jederzeit den aktuellen Stand einsehen. Wenn ein Platz für das Kind von Familie Glück frei ist, erhalten sie eine schriftliche Einladung zum Kennenlerngespräch. Diese wird sowohl in das private E-Mail-Postfach zugestellt, das sie bei der Anmeldung hinterlegt haben, als auch in das OpenR@thaus-Postfach. Das integrierte Dokumenten-Management-System ermög-

der Kita, der die Anmeldung bearbeitet. Aus diesem Grund importiert die Kita-Leitung die Stammdaten des Kindes und der Familie aus dem Elternportal in ihr eigenes Verwaltungsprogramm. Das gesamte Anmeldeverfahren über das Elternportal entspricht den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Es ist seitens ITEBO mit den Datenschutzbeauftragten der Kirchen und

Kommunen in weiten Teilen Niedersachsens abgestimmt. Sobald die Eltern zusagen, gilt ihre Anmeldung für den Kita-Platz als bearbeitet und wird für weitere Vergabeverfahren anderer Kitas nicht mehr berücksichtigt.

Ein weiterer Vorteil des Elternportals ist, dass es auf Wunsch auch für die generellen Verwaltungsaufgaben der Kita genutzt werden kann. Zum Funktionsumfang gehören der Schriftverkehr und das Erstellen von Statistiken sowie Listen. Mit dem zusätzlichen Modul Personalverwaltung kann die Kita-Leitung Urlaubs- und Dienstpläne erstellen und verwalten, die Arbeitszeit erfassen und Fortbildungen dokumentieren. Die Personalbewirtschaftung sichert den Überblick über den aktuellen Stel-

lenplan und ausgeschriebene Stellen. Im Modul Bildungsdokumentation können Erzieherinnen und Erzieher Gruppentagebücher führen oder Elterngespräche festhalten.

Eine Schnittstelle zum Finanzsystem ermöglicht es, Beiträge an die Finanzbuchhaltung zu übergeben. Dabei berücksichtigt NH-Kinderverwaltung SQL Stundenzahl, Anzahl der Kinder und Einkommen und kann satzungsgemäß für alle Eltern einzeln den korrekten Beitrag ermitteln. Auch kompliziertere Fälle wie die Rückrechnung von bereits abgerechneten Monaten, beitragsfreie Kindergartenjahre oder die Berechnungen zur wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie das Bildungs- und Teilhabepaket kann das Programm abbilden.

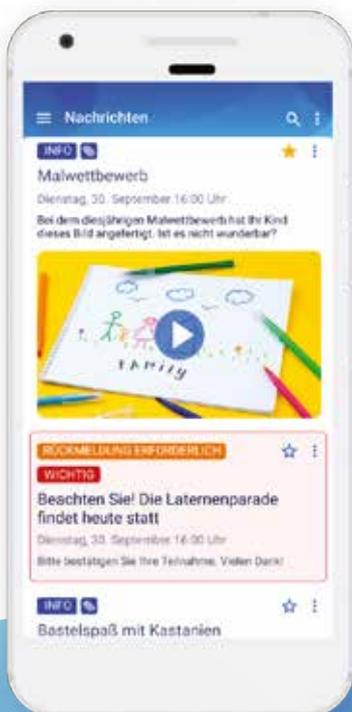
In der niedersächsischen Stadt Bückeburg wird NH Kindergartenverwaltung bereits seit einiger Zeit eingesetzt. Iris Weißer aus dem Bürgerservice schätzt die Arbeitserleichterung sehr: „Der organisatorische Aufwand ist für uns viel weniger geworden, da uns in der Software viel mehr Informationen zentral zur Verfügung stehen. Die Kommunikation mit dem Supportteam ist sehr angenehm, und wir bekommen immer schnell Unterstützung.“ Michaela Koch und Bianca Rothe von der Stadt Osterode am Harz wissen die Zusammenarbeit ebenfalls zu schätzen: „ITEBO ist zuverlässig und kreativ bei der Umsetzung von Problemlösungen.“

Gerald Leitke arbeitet im Geschäftsbereich Vertrieb bei der ITEBO GmbH.

Anzeige

Kita Info-App
einfach · sicher · zeitgemäß

Mit integriertem
In-App Übersetzer
in über 20
Sprachen



Gut informiert,
wenn es darauf
ankommt!

- ✓ Schnell aktiviert
- ✓ Einfache Bedienung
- ✓ Faire Preise
- ✓ DSGVO-konform

Jetzt informieren!
www.kita-info-app.de



Damit nicht nur auf den
Straßen Ordnung herrscht

Mit dem pm**OrdnungsManager**
Aufträge und Meldungen im
Kommunalen Ordnungsdienst
schnell und bequem dokumentieren.

GovConnect
die IT-Spezialisten für Verwaltungen

info@govconnect.de www.govconnect.de

Webbasiert lösen

Rico Gribbe

Das Aufgabenspektrum der Ordnungsämter ist vielfältig, hinzu kommen Herausforderungen wie der Fachkräftemangel und neue gesetzliche Anforderungen. Gefragt sind umfassende Lösungen, etwa in Form von webbasierten Arbeitsplattformen und E-Akte.

Sich ändernde gesetzliche Anforderungen, die Etablierung von Bürgerservices und die Konsequenzen des Fachkräftemangels markieren das Spannungsfeld, in dem Ordnungsämter derzeit bestehen müssen. Jeder dieser Punkte bringt zwar eigene Spezifika und Detailprobleme mit sich. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht jedoch darin, diese Themen in einer sinnvollen Lösung zusammenzubringen. Ein grundlegender Ansatz ist die Arbeit mit digitalen Akten.

Das Aufgabenspektrum der Behörden für Sicherheit und Ordnung ist vielfältig. Neben der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten erfassen und koordinieren sie unterschiedlichste Meldungen, etwa bei mangelhaften Infrastrukturen. Hinzu kommen beispielsweise Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit Ruhestörung oder Zwangsgeldverfahren. IT-seitig haben sich hier Fachverfahren bewährt, welche die Arbeit im Außendienst ebenso unterstützen wie die weitere Bearbeitung der Vorgänge im Innendienst. Zu den organisatorischen Mehrwerten der E-Akte zählt unter anderem die schnelle Auffindbarkeit von Informationen. Auch lässt sich der Bearbeitungsaufwand durch eine gezielte Automatisierung von Rou-

tinuetätigkeiten reduzieren. Ab dem Jahr 2026 ist die Arbeit mit elektronischen Akten vom Gesetzgeber außerdem fest in das Pflichtenheft der Bußgeldbehörden aufgenommen. Daher befinden sich viele Verwaltungen in einer Umbruchphase und passen die bisherigen Prozesse an die neuen Anforderungen an.

Hilfreich ist an dieser Stelle ein Soll-Ist-Vergleich: Welche Informationen und Dokumente sind jetzt zusätzlich und perspektivisch primär in digitaler Form vorzuhalten? Wie können diese Unterlagen rechtssicher digitalisiert werden? Welche organisatorischen und technischen Anforderungen ergeben sich für die einzelnen Geschäftsprozesse, wie beispielsweise die Posteingangsverarbeitung? Und wie soll die reversionssichere Ablage der Verfahrensdokumente organisiert werden?

Die benötigten Technologien sind bereits verfügbar, weshalb die Herausforderungen weniger auf der technischen als vielmehr auf der organisatorischen Ebene auszumachen sind. Denn hier müssen zum Teil etablierte, aber nicht mehr tragfähige Prozesse und Abläufe abgelöst werden. Erst wenn das gelingt, wird eine solide Basis für

die effiziente Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten innerhalb der Behörde gelegt. Dadurch steigt dann die Qualität der bearbeiteten Vorgänge, wovon wiederum der Bürgerservice profitiert. Auch wird damit eine gute Ausgangslage für geplante Online-Angebote geschaffen. Denn diese können nur das nach außen tragen, was intern digital und strukturiert in den Geschäftsprozessen vorhanden ist.

Verwaltungen wünschen sich in der Regel ein System, das den bereits für Ordnungswidrigkeiten eingesetzten Verfahren ähnelt. Herkömmliche Ansätze, wie die ausschließliche Ablage in einem Dokumenten-Management-System (DMS) scheitern allerdings oftmals an der Komplexität der einzelnen Prozesse oder den erforderlichen Schnittstellen zu Kassen- oder Einwohnermeldeverfahren. In anderen Ämtern sind die bislang eingesetzten Software-Lösungen nicht flexibel und skalierbar genug für den Einsatz im Innen- und Außendienst. In solchen Fällen wird eine Bearbeitungsplattform für das Ordnungsamt benötigt.

Eine entsprechende Lösung hat das Unternehmen SASKIA Informations-Systeme mit der Software SASKIA.web entwickelt. Dabei

handelt es sich um eine moderne und intuitive Lösung, welche die Workflows in den Verwaltungen voranbringt und effektiv unterstützt. Sie vereint die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten, Meldungen und Vorgängen in einer webbasierten Plattform und ermöglicht das geräte- sowie themenübergreifende Arbeiten sowohl für den Außen- als auch für den Innendienst. Durch diese Art der direkten Vorgangsbearbeitung führt sie die wichtigsten Tätigkeitsbereiche des Ordnungsamts in einem Look-and-feel zusammen.

Von Vorteil ist die einheitliche Web-Lösung außerdem immer dann, wenn verwaltungs- oder behördeninterne Zuarbeiten notwendig sind. Handelt es sich dabei um papiergebundene Dokumente, müssen diese normalerweise zeitaufwendig digitalisiert werden. Über die Web-Lösung von SASKIA kann stattdessen den vorgelagerten Fachbereichen eine vereinfachte Erfassungsmöglichkeit gegeben werden. Dadurch wird der Zeitaufwand reduziert, da Vorgänge medienbruchfrei in anderen Fachbereichen aufgenommen und direkt übermittelt werden können.

In der Zusammenarbeit mehrerer Fachbereiche werden oft Daten bereitgestellt, die einem stetigen Änderungsprozess unterliegen. Genau diese gilt es, auf einfache Art und Weise anzuzeigen. In SASKIA.web steht ein verfahrenintegriertes Informationsportal sowie Führungsinformationssystem (FIS) zur Verfügung. Über das Informationsportal sind aktuelle Bearbeitungsstände sowie Dokumente zu Ordnungswidrigkeitsakten, Meldungen und Vorgängen für jeden berechtigten

Nutzer einsehbar und damit transparent dargestellt. Abstimmungsaufwände zwischen den Fachabteilungen werden so erheblich minimiert.

Für die Nutzung von SASKIA.FIS braucht es keine Software-Vorkenntnisse. Führungskräfte können die Verfahrensdaten zu Kennzahlen einfach aggregieren und in einem individuellen Dashboard webbasiert zur Verfügung stellen. Aktuelle Verfahrensdaten sind somit

jederzeit abrufbar. Auch der Erstellungsaufwand von Statistiken auf Fachebene kann für diese wiederkehrenden Kennzahlen entfallen. Trotzdem können Bereichsleiter mithilfe des FIS entsprechende Anfragen, etwa aus dem Stadtrat, sofort und tagesaktuell beantworten.

Rico Gribbe ist stellvertretender Bereichsleiter der Fachberatung Ordnungswidrigkeiten bei der SASKIA Informations-Systeme GmbH.

Anzeige

LEADING EMPLOYER
DEUTSCHLAND 2022
EXCLUSIVELY AWARDED TO THE COUNTRY'S TOP 1%

OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Dokumente in einem intelligenten System verarbeiten? Wir machen das schon.

Dokumentenmanagement mit enaio® sorgt für effiziente Prozesse in Ihrer Verwaltung. Eine an KI angelehnte praxistaugliche Erfassungskomponente ist Ihre bedarfsgerechte und automatisierte Lösung für optimierte Arbeitsworkflows. Profitieren Sie so bei der Verarbeitung Ihres allgemeinen Posteingangs von erheblichen Kostensenkungen, Zeiteinsparungen und Qualitätssteigerungen. **Digitalisierung. Wir machen das schon.**

optimal-systems.de/hannover Software für Macher.

Aufträge organisieren

Jan Becker

Kommunale Ordnungsdienste unterstützen vielerorts die Polizei bei der allgemeinen Gefahrenabwehr. Für das Auftrags- und Meldungsmanagement sowie die Zusammenarbeit zwischen Innen- und Außendienst gibt es softwarebasierte Lösungen.

In den vergangenen Jahren haben strafbare Handlungen und Ordnungsverstöße zugenommen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wird vielerorts ein so genannter Kommunaler Ordnungsdienst (KOD) – auch Kommunalpolizei oder Stadt- beziehungsweise Ordnungspolizei genannt – einberufen. Trotz unterschiedlicher Bezeichnungen bleibt das Aufgabenprofil ähnlich: Die Polizei unterstützend sorgen die Beschäftigten für Ordnung auf den Straßen und in öffentlichen Anlagen. Sie sind Ansprechperson für die Bürgerinnen und Bürger und kümmern sich beispielsweise um die Gewerbe- und Berufsüberwachung. Im Rahmen der Amtshilfe unterstützen Ordnungs- und Ermittlungsteams andere Verwaltungen außerdem bei Identitätsfeststellungen oder Personalien- und Aufenthaltsermittlungen.

Lösungen zum Auftrags- und Meldungsmanagement können dem Kommunalen Ordnungsdienst bei seiner Aufgabenerfüllung eine große Hilfe sein. Dazu zählt das Produkt pmOrdnungsManager aus dem Hause GovConnect. Mithilfe dieser Lösung können Aufträge und Meldungen schnell und unkompliziert dokumentiert werden. Die Ordnungsbehörden werden so optimal bei ihren Tätigkeiten unterstützt.

Zu den zahlreichen Aufgaben des Kommunalen Ordnungsdienstes gehören allgemeine Kontrollen und Präsenzstreifen. Die regelmäßige Überprüfung von Spielplätzen, Bahnhöfen, öffentlichen Toiletten, Alkoholverbotzonen und anderen Hotspots kann im pmOrdnungsManager problemlos organisiert und dokumentiert werden. Wurden bei einer Kontrolle Verstöße festgestellt, können die jeweils verletzte Vorschriften und Gesetze in den Einsatzbericht aufgenommen und aus diesen Informationen ein PDF-Dokument erzeugt werden. Ebenso lassen sich Platzverweise, Vorfälle rund um die nicht bestimmungsgemäße Entsorgung von Sperrmüll oder Abfall auf der Straße dokumentieren.

Eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der verschiedenen KOD-Aufgaben spielen die Kommunikation zwischen dem Innen- und Außendienst, die entsprechende Organisation und Koordination durch Einsatzleitung und Disponenten sowie die Rückmeldung der Ermittlungsergebnisse per E-Mail an die Auftraggeber. Der pmOrdnungsManager ermöglicht eine effiziente und medienbruchfreie Vernetzung. Sofern der Innendienst Polizei- oder Bürgeranfragen erhält, kann er diese im pmOrdnungsManager speichern, mit Fotos und PDF-Dokumenten



IT entlastet Ordnungsdienste.

ergänzen und an den Außendienst zur Bearbeitung weitergeben. Der Außendienst kann durch konfigurierbare Meldungslisten ausstehende Aufträge einsehen, die Kontrollen durchführen und die erforderlichen Maßnahmen einleiten. In Einsatzberichten dokumentieren die Mitarbeitenden alle weiteren Informationen zu den durchgeführten Kontrollen und Maßnahmen.

Kommentarfunktionen und Wiedervorlagen unterstützen die gemeinsame Fallbearbeitung und fördern ein kollaboratives Arbeiten. Darüber hinaus ermöglicht der pmOrdnungsManager das Erstellen umfangreicher statistischer Auswertungen zu allen erfassten Meldungen, Aufträgen und Einsatzberichten. Durch Angabe beliebiger Zeiträume kann die Anzahl erbrachter Leistungen sowie die Gesamt-

dauer aller Einsätze auf Knopfdruck ermittelt, durch unterschiedliche Diagramme ansprechend präsentiert und Tätigkeitsnachweise erbracht werden. Auch Hotspots lassen sich in einer Kartendarstellung identifizieren. Eine Auswertung kann außerdem nach individuellen Kriterien gruppiert und gefiltert werden, beispielsweise für eine bestimmte Örtlichkeit.

Als Software-as-a-Service-Produkt verursacht der pmOrdnungsManager bei IT-Abteilungen nur minimalen Aufwand. Dabei funktioniert die Software vollkommen losgelöst von anderen IT-Komponenten für Ordnungswidrigkeiten und ist sehr schnell einsatzbereit. Zusätzliche Funktionen wie die pmOWI-App – ebenfalls ein Produkt von GovCon-

nect – zur Erfassung von Ordnungswidrigkeiten oder der Ausdruck von mobilen Belegdrucken können ergänzt werden. Bei der Nutzung der pmOWI-App ist auch die Anbindung an eine auf dem Markt verfügbare Ordnungswidrigkeitenverfahren-Software wie zum Beispiel pmOWI möglich. Die Lösung soll die Nutzenden bestmöglich dahingehend unterstützen, dass sie sich auf das eigentliche Tagesgeschäft konzentrieren können. Selbstverständlich ist auch ein Hosting in Eigenregie möglich. Dies ist allerdings erst ab einer gewissen Größenordnung empfehlenswert.

Mit der aktualisierten Version wurden im pmOrdnungsManager einige Anpassungen vorgenommen, über die sich viele Stadtverwaltun-

gen freuen können. So wurde beispielsweise die Handhabung der webbasierten Lösung für Tablets und Notebooks weiter optimiert. Ein neues responsives Design verbessert zudem unter anderem die Touch-Bedienung der Oberflächen beim Einsatz in Dienstfahrzeugen.

Aufgrund der verschiedenen Aufgaben der Ordnungsdienste ist eine effiziente Auftrags- und Maßnahmenkoordination unabdingbar. Moderne Software hilft dabei, das Personal optimal einzuplanen und sich im Außendienst besser zu organisieren, was Ordnungsdienste deutlich entlastet.

Jan Becker ist Produktmanager bei GovConnect für den pmOrdnungsManager und die pmOWI-App.

Anzeige

E-GOVERNMENT UND PAYPAL:

SO EINFACH KANN VERWALTUNG SEIN.

Entlasten Sie Ihre Mitarbeiter und bieten Sie Ihren Bürgern ein neues Maß an Service – mit PayPal.

Zahlreiche Kommunen und Behörden setzen PayPal bereits ein, um Zahlungen für Verwaltungsleistungen zu empfangen. Informieren Sie sich jetzt und beantragen Sie unser Gebührenmodell für den öffentlichen Sektor: www.paypal.de/verwaltung



Hohe Akzeptanz



Sichere Bank



Großes Einsparpotential

 **PayPal**

Gemeinsam zum OZG

Pascal Moniac

Im Kreis Hameln-Pyrmont haben sich mehrere Kommunen gemeinsam auf den Weg gemacht, das Onlinezugangsgesetz mit Leben zu füllen. Im Rahmen des Projekts OZG-Werkstatt wurde zunächst für alle beteiligten Kommunen ein eigenes Serviceportal erstellt.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beschäftigt im Moment alle Kommunen deutschlandweit. Einige können dabei bezüglich ihres Know-hows, den vorhandenen Fachkräften und finanziell zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Vollen schöpfen. Andere haben dagegen keine oder nur geringe Möglichkeiten, sich das fehlende Wissen ins Haus zu holen oder ihr Personal entsprechend zu befähigen.

Das hat zur Folge, dass der Digitalisierungsstand der Kommunen in Deutschland weit auseinanderklafft. Um die Lücke zwischen den Kommunen zu schließen, wurde im Landkreis Hameln-Pyrmont das Projekt OZG-Werkstatt aus der Taufe gehoben. Neben dem Kreis selbst sind daran die Städte Bad Münder, Bad Pyrmont, Hameln und Hessisch Oldendorf, die Gemeinde Emmerthal sowie die Flecken Aerzen, Coppenbrügge und Salzhemmendorf beteiligt. Im Rahmen des Zusammenschlusses sollen Synergieeffekte generiert und genutzt werden. Denn durch ein gemeinsames Auftreten bei der Beauftragung von Software und



Stadt Hameln ist Mitglied der OZG-Werkstatt.

Dienstleistung können bessere Konditionen erzielt, Ressourcen und Know-how gebündelt und effizient genutzt werden.

Der Kooperationsvertrag sieht drei verschiedene Gremien vor. Der OZG-Steuerungskreis besteht aus den Hauptverwaltungsbeamten. Er kommt zweimal im Jahr zusammen, um sich aktuelle Fortschritte anzusehen und über die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Er ist verantwortlich für die strategische Ausrichtung und die grundsätzliche Umsetzung des OZG im Kreis Hameln-Pyrmont. Der OZG-Koordinationskreis stellt die operative Umsetzung sicher. An den monatlichen Treffen nehmen ein bis zwei Mitarbeitende der jeweiligen Kommune teil. Drittes Gremium ist die OZG-Werkstatt. Hier wird das Tagesge-

schäft abgewickelt und die zuvor beschlossenen Leistungen implementiert. Personell wird die Arbeit von drei Personen gestemmt.

Bereits im Vorfeld wurde geprüft, welcher gemeinsame Stand als Grundlage benötigt wird und möglichst schnell für alle Mitglieder erreichbar ist. Die Basis sollte ein

Serviceportalverbund bilden, in dem die Bürger die verschiedenen Online-Services finden. Für einen vollumfänglichen digitalen Antrag benötigt jede Kommune zudem ein Online-Bezahlungssystem. Da alle beteiligten Kommunen im Meldewesen die Lösung MESO und im Standesamtswesen das Fachverfahren AntiSta nutzen, sollte auch die Umsetzung der ersten Online-Services hier erfolgen.

Nachdem die OZG-Werkstatt die verschiedenen Produkte am Markt in Bezug auf Serviceportale verglichen hatte, fiel die Wahl auf die Lösung RathausDirekt der Firma Nolis. Jede einzelne Kommune im Rahmen der OZG-Werkstatt besitzt nun ihr eigenes Serviceportal. Da einige gleichzeitig ihren Internet-Auftritt erneuern wollten, setzen sie auch in die-

sem Fall auf Nolis. So ist es möglich, das Serviceportal über das einheitliche Content-Management-System (CMS) voll in die Homepage zu integrieren. Um den Bürgern im Kreis Hameln-Pyrmont die Suche nach dem gewünschten Online-Service so einfach wie möglich zu gestalten, wurde ein so genanntes Dachportal implementiert. Dieses ist unter <https://service.einfach-digital-leben.de> erreichbar. Egal, wo der Bürger im Landkreis gemeldet ist, hier wird er über die zentrale Suche fündig und wird direkt zu der zuständigen Stelle geleitet.

Eine weitere Grundlage für die erfolgreiche Implementierung von Online-Angeboten ist die Einführung eines Online-Bezahlverfahrens. In diesem Fall hatte sich der OZG-Koordinationskreis auf die Lösung pmPayment von GovConnect geeinigt. Durch die Vorbereitung in der OZG-Werkstatt und die gebündelte Angebotsanfrage konnten Auftragnehmer und Auftraggeber Ressourcen einsparen. Eine Hürde bei der Anbindung hatte sich bei dem Flecken Aerzen, dem Fle-

cken Coppenbrügge, der Stadt Hesisch Oldendorf und dem Flecken Salzhemmendorf ergeben. In diesen Fällen kommt im Haushalts-, Kas- sen- und Rechnungswesen das HKR-Fachverfahren von DATEV zum Einsatz, das bis dato noch nicht über eine Schnittstelle zu pmPayment verfügte. Gemeinsam mit den Herstellern DATEV und GovConnect konnten die vier Kommunen aber eine Lösung erarbeiten und haben diese teilweise schon im Echtbetrieb im Einsatz.

Auch die Anbindung an das Servicekonto Niedersachsen wurde soweit wie möglich zentral koordiniert und vorbereitet. Damit ist es nun möglich, die Online-Services mit verschiedenen Vertrauensniveaus abzusichern. In der höchsten Stufe, dem Servicekonto plus, erfolgt die Identifizierung über die Onlineausweisfunktion des Personalausweises (eID), ein schriftliches Einreichen ist dann nicht mehr notwendig.

Die ersten Online-Services im Rahmen der OZG-Werkstatt wur-

den mit den Fachverfahren AutiSta und MESO realisiert. Auch hier bewährte sich die gemeinsame Vorgehensweise. Damit ist es jetzt möglich, bei allen Kommunen Geburts-, Sterbe-, Ehe- und Lebenspartnerschaftsurkunden oder aber Meldebescheinigungen und Führungszeugnisse online zu beantragen und zu bezahlen.

Mit der Einführung der vorangegangenen Komponenten wurde im Landkreis Hameln-Pyrmont für alle Beteiligten eine einheitliche Grundlage für das OZG geschaffen. Der weitere Ausbau des Online-Angebots erfolgt gemeinsam und auf Augenhöhe. Zum einen setzt die OZG-Werkstatt dabei auf das immer größer werdende Angebot an Einer-für-Alle-Leistungen, zum anderen auf Eigenentwicklungen über den Formulareditor von Nolis oder demnächst auch über das „Niedersächsische Antragssystem für Verwaltungsleistungen Online“ (NAVO).

Pascal Moniac ist Projektleiter Verwaltungsdigitalisierung bei der Stadt Hameln.

Anzeige



Gestern: Warten ...

Belehrung via App

Robert Ruß / Jürgen Brings

Der Rhein-Kreis Neuss hat eine App entwickelt, über welche die Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz zeit- und ortsunabhängig erfolgen kann. Das digitale Angebot kommt bei den Nutzern gut an und ist auch für andere Gesundheitsämter in Deutschland ein Vorbild.

Eine vom Rhein-Kreis Neuss entwickelte App erleichtert die behördliche Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG). Die im Volksmund immer noch gerne als Gesundheitszeugnis bezeichnete Belehrung ist erforderlich für Menschen, die beruflich oder ehrenamtlich im Bereich der Lebensmittelzubereitung, des -verkaufs oder in der Gastronomie tätig sind und wird von den Gesundheitsämtern durchgeführt. War dies bislang ausschließlich termin- und ortsgebunden möglich, kann die IfSG-Belehrung im Rhein-Kreis Neuss seit April 2022 niederschwellig jederzeit rund um die Uhr bequem via Smartphone oder Tablet abgerufen werden. Veröffentlicht wurde die App Ende Januar dieses Jahres im Google Play Store und Anfang April im App Store von Apple. Bereits nach wenigen Wochen war erkennbar, dass die Software ein Erfolg wird. Bis Mitte Juli führte der Rhein-Kreis Neuss bereits 1.400 Belehrungen online durch. Im Google Play Store waren bis zu diesem Zeitpunkt 2.800 und im App Store von Apple 3.100 App-Downloads zu verzeichnen.

Über das neue Angebot wird nicht nur Verwaltungsaufwand abgebaut, sondern der Nutzer spart auch Geld: Während für die bishe-



Vorstellung der App in der Lehrküche des Berufsbildungszentrums Grevenbroich.*

rige Lösung 25 Euro anfielen, hat das Neusser Kreisgesundheitsamt die Gebühren für die digitale Belehrung auf die rechtlich zulässige Mindestgebühr von 20 Euro gesenkt. Darüber hinaus hatten die App-Entwickler das ehrenamtliche Engagement im Blick, beispielsweise in Schulen, Altenheimen oder Vereinen. Ehrenamtlich Tätige erhalten deshalb über einen Gutscheincode günstigere Konditionen.

Die digitale Dienstleistung wird mittlerweile in acht Sprachen angeboten. Zentraler Baustein der Applikation ist ein Erklärvideo. Zwischen den einzelnen Kapiteln, etwa zum Umgang mit Lebensmitteln oder den Rechten und Pflichten aus dem IfSG, wird der Lernerfolg durch ein einfaches Quiz gesichert, das richtig beantwortet werden muss, um den nächsten Video-

abschnitt freizuschalten. Die App kann von allen volljährigen Personen mit Wohnsitz im Rhein-Kreis Neuss genutzt werden.

Der neue mobile Dienst knüpft an die stark nachgefragten Apps zu Straßenverkehrsamt, Rettungsdienst und Pflegefinder an. Auch diese Dienste sind im Digitallabor der Neusser Kreisverwaltung entstanden. Der Rhein-Kreis Neuss hatte zudem im Sommer 2018 bereits eine Hygiene-Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz gemeinsam mit dem kreiseigenen Technologiezentrum Glehn (TZG)

* v.l.: Robert Ruß, Projektleiter IfSG-App; Sebastian Heckhausen, Stabsstelle Digitalisierung des Rhein-Kreises Neuss; IT-Dezernent Harald Vieten; Chief Digital Officer Jürgen Brings; Produktverantwortliche Nadine Broisch; Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

als Modellprojekt eingeführt und dort angesiedelt. Diese Online-Lösung wird seit Beginn der Corona-Pandemie in über 60 Gesundheitsämtern eingesetzt. Bislang wurden rund 200.000 Belehrungen durchgeführt. Im Gegensatz zur neuen App ist diese Form allerdings termingebunden. Landrat Hans-Jürgen Petraschke sieht den Kreis deshalb als Vorreiter. Der zuständige IT-Dezernent Harald Vieten ist ferner davon überzeugt, dass die digitale Form der Infektionsschutz-Belehrung Vorbild sein kann für weitere Gesundheitsämter in Deutschland, weil sie Bürger und Verwaltung gleichermaßen entlastet.

An der neuen App hat die Stabsstelle Digitalisierung beim Rhein-Kreis Neuss gemeinsam mit dem Gesundheitsamt rund zwei Jahre gearbeitet. Die Idee zu der Lösung stammt vom ehemaligen Leiter des Neusser Kreisgesundheitsamts, Michael Dörr, der mittlerweile im Ruhestand ist. Chief Digital Officer Jürgen Brings und sein Team haben das digitale Potenzial der Gesundheitsbelehrung erkannt und sich

mit einem interdisziplinären Team monatelang in die Thematik eingearbeitet. Manche Schwierigkeit tat sich dabei auf, beispielsweise die adäquate Berücksichtigung des Themas Datenschutz. Darüber hinaus gab es rechtliche Hürden. Die damalige Rechtslage verlangte zwingend eine Belehrung im persönlichen Kontakt. Erst eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die der Rhein-Kreis Neuss beim Bundesgesundheitsministerium angestoßen hatte, machte im März 2020 den Weg frei für zeitgemäße Belehrungsformate.

Neben der Identifikation per Online-Personalausweis hat das Digitallabor des Rhein-Kreises Neuss auch eine Selfie-Identifizierung entwickelt. Auf diese Weise kann der gesamte Belehrungsprozess vom Identitätsnachweis bis zur elektronischen Bezahlung digitalisiert ablaufen. Wer die Belehrung absolviert hat, erhält die Bescheinigung, sobald er die Gebühr im angebotenen E-Payment-Verfahren beglichen hat. Bezüglich des Films hat der Rhein-Kreis Neuss mit dem

Land Niedersachsen zusammengearbeitet. Denn dieses hat laut Onlinezugangsgesetz den offiziellen Auftrag für die Verwaltungsleistung „Infektionsschutz-Belehrung“. Das vom Rhein-Kreis produzierte Erklärvideo findet daher auch im neuen Einer-für-Alle-Dienst (EfA) des Landes Niedersachsen Verwendung.

Im Zuge der Digitalisierungs-offensive wird die analoge Welt von der Kreisverwaltung aber nicht ausgeblendet: Auf Wunsch gibt es nach wie vor Belehrungstermine in Präsenz, sobald die Corona-Pandemie dies wieder zulässt. Parallel ist die Stabsstelle Digitalisierung beim Rhein-Kreis Neuss dabei, die App weiterzuentwickeln. Ziel ist es, das Angebot auch für Minderjährige zur Verfügung zu stellen.

Robert Ruß ist Projektleiter IfSG-App; Jürgen Brings ist Chief Digital Officer beim Rhein-Kreis Neuss.

Link-Tipp

Mehr Informationen unter:

- <http://onelink.to/ifsg>

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Die Digitale Dekade

Die Welt rückt zusammen: Mit ihrer Digitalstrategie „Europas digitale Dekade“ zielt die EU darauf ab, die Freizügigkeit durch digitale Verwaltungsleistungen zu realisieren. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, ist aber noch einiges zu tun.

Auf der Klaviatur des Föderalismus rangieren Europa und Kommunen an entgegengesetzten Enden. In Kommunen ist häufig die Ansicht verbreitet, einen denkbar großen Abstand zur Europäischen Union und ihren Institutionen einzunehmen. Tatsächlich jedoch gibt die EU-Kommission in vielen Bereichen längst den Takt vor, so auch bei Digitalisierung und E-Government. Das Ziel, eine Harmonisierung zwischen den Mitgliedsländern zu erreichen und den Bürgerinnen und Bürgern der EU die vier Grundfreiheiten (Waren, Personen, Dienstleistungen, Kapital) zu gewährleisten, bringt vielfältige gesetzgeberische Aktivitäten mit sich, welche die digitale Organisation des europäischen Binnenmarkts betreffen. Mit diesem verbindet sich das Versprechen nach Wachstum, Innovation und Arbeitsplätzen.

Die aktuellen Maßnahmen der EU-Kommission sind im März 2021 in einer Digitalstrategie mit dem Titel „Europas digitale Dekade“ vorgestellt worden und sollen bis 2030 gelten. Sie umfassen die digitale Gesellschaft, digitale Technologien und Infrastrukturen, die Digitalwirtschaft sowie Politik und internationale Kooperationen. Auch elektronische Behördendienste sind

inbegriffen, denn sie erst ermöglichen den grenzübergreifenden Informationsaustausch und die Handlungsfähigkeit zwischen Behörden, Unternehmen und Bürgern. So wie sich Menschen im gesamten EU-Raum frei bewegen und arbeiten können, dürfen Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit in allen EU-Ländern frei ausüben. Von der Auftragsvergabe über Rechnungsstellung und Zahlungsdienste bis hin zu Sozialversicherungsdaten und Zoll sind viele unternehmerische Transaktionen gesetzgeberisch geregelt und elektronisch durchführbar.

Eine der weitreichendsten Brüsseler Vorgaben für Verwaltungen aller föderalen Ebenen in den EU-Ländern ist die Verordnung 2018/1724 zum Single Digital Gateway (SDG). Sie wurde im Jahr 2018 verabschiedet und zielt auf die Errichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors für Unternehmen und Bürger ab. Damit verpflichtet die EU die öffentlichen Verwaltungen dazu, die Verwaltungsdigitalisierung im eigenen Land voranzutreiben und nutzerorientiert umzusetzen. In Deutschland sind vor allem das Onlinezugangsgesetz (OZG) und das Projekt Registermodernisierung mit der Umsetzung dieser EU-Ver-

ordnung befasst. Erste Meilensteine wurde bereits erreicht.

Der Fahrplan der SDG-Verordnung sieht vor, dass die Mitgliedsländer Informationen über Verwaltungsleistungen und so genannte Unterstützungsdienste, mit denen Bürgern und Unternehmen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte am europäischen Binnenmarkt geholfen wird, veröffentlichen. Hierfür steht das zentrale Europa-Portal „Your Europe“ bereit, das mit den Portalen der Mitgliedsstaaten verlinkt wird. In Deutschland ist 2021 eine Verknüpfung mit dem Verwaltungsportale des Bundes realisiert worden. Bislang wurden 23.000 auf FIM-Bausteinen basierende Informationsseiten sowie Metadaten an das Europa-Portal übermittelt.

Für 2022 und 2023 steht die Integration von für den Single Digital Gateway relevanten Online-Diensten an. Zudem müssen Kommunen bis Ende 2022 Aufschluss geben über den Stand der Digitalisierung

Link-Tipp

Die Digitalstrategie der EU und das Europa-Portal im Netz:

- <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies>
- <https://europa.eu>

von Verwaltungsleistungen. Bislang ist lediglich das Online-Verfahren BAföG-Digital direkt an das Europa-Portal angeschlossen. Bis Ende 2023 sollen 21 der wichtigsten Verwaltungsverfahren aus den Lebensbereichen Geburt, Wohnsitz, Studium, Arbeit, Umzug, Ruhestand und Unternehmensgründung folgen und in allen Mitgliedsstaaten vollständig digital, grenzüberschreitend und medienbruchfrei abgerufen werden können. Darunter die Registrierung eines Kraftfahrzeugs, die Beantragung einer Europäischen Krankenversicherungskarte oder die Anmeldung von Pensionsansprüchen. Unternehmen sollen beispielsweise eine Geschäftstätigkeit anmelden, Beschäftigte registrieren und Körperschaftssteuern erklären können.

Ob dieses sportliche Ziel gelingt, ist ungewiss. Selbst im digitalen Österreich ist man von dieser Herausforderung nicht positiv überzeugt. Längst nicht überall liegen die technischen Infrastrukturen vor, die den transeuropäischen Informationsaustausch ermöglichen. Zudem soll es dem Willen der EU-Kommission zufolge Bürgern und Unternehmen abgenommen werden, ihre Daten wiederholt eingeben zu müssen, um Verwaltungsdienste zu beanspruchen. Hierfür steht das Once-Only-Technical-System (OOTS) der EU zu Verfü-

gung. In Deutschland hängt Once Only an der Modernisierung der verschiedenen Register, für deren Umsetzung noch rechtliche Schritte und technische Anpassungen erforderlich sind. Datensätze müssen homogenisiert, ihre automatische Abfrage und Weitergabe legitimiert



Die EU-Kommission verfolgt eine ambitionierte Digitalstrategie.

werden. „Priorisierte Register“ sollen bei uns bis Ende 2025 in Angriff genommen werden. Insofern erscheint das Jahr 2030, das die EU als Zielpunkt ihrer Digitalstrategie etwa auch für die Nutzung elektronischer Ausweise vorgesehen hat, realistischer.

Bei der elektronischen Identität hat Deutschland ausnahmsweise die Nase vorn. Seit 2010 ist die eID in unseren Personalausweisen integriert und nun auch verpflichtend freigeschaltet. Gegenwärtig wird in Brüssel eine Revision der eIDAS-Verordnung von 2014 vorbereitet, die weitere digitale Identitäten berücksichtigt. Geburtsurkunden, Meisterbrief, Dokortitel oder Seegelschein sollen in einer einheitli-

chen Digital Identity Wallet gesammelt werden können. Auch das Nutzerkonto Bund entspricht den europäischen Vorgaben. Um digitale Verwaltungsdienste zu beanspruchen, müssen Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Nutzerkonto anlegen, mit dem sie sich in einem Verwaltungsportal identifizieren. Hier hat sich das seit 2019 bereitgestellte Nutzerkonto des Bundes, das schon von 100.000 Menschen genutzt wird, als Servicekonto etablieren können. Mit der BundID sollen einmal auch europäische Verwaltungsdienste in Anspruch genommen werden können.

Digitalisierung ist Vernetzung. So wie sich Menschen am heimischen Computer mit ihrem Bürgeramt vernetzen, um einen Anwohnerparkausweis zu beantragen, sollen sie künftig auch innerhalb der EU die digitalen Dienste nutzen können – eine sicherlich große Erleichterung auf dem Arbeitssektor und für Unternehmen. Mit ihrer „Digitalen Dekade“ will die EU den Abstand zwischen Bürgern und Institutionen verkleinern. Es soll keine Rolle mehr spielen, auf welcher föderalen Ebene man sich bewegt, um einen Verwaltungsvorgang zu erledigen. Mit den digitalen Impulsen rücken Europa und Kommunen näher aneinander.

Helmut Merschmann

Massive Investitionen geplant

Griechenland plant eine umfassende Digitalisierung seiner Verwaltung. Finanziell unterstützt wird das Land dabei von der Europäischen Investitionsbank, die ein Darlehen in Höhe von 125 Millionen Euro zur Verfügung stellt.

Über die Plattformen govgr und MyDeskLive bietet Griechenland seinen Bürgerinnen und Bürgern bereits zahlreiche Verwaltungsdienstleistungen online an. Zudem stellen die Behörden den Bewohnern zahlreiche offizielle Dokumente, darunter Schulabschlusszeugnisse, online zu. Von den Erfahrungen des südeuropäischen Landes möchte nun der Freistaat Bayern profitieren. Geplant ist, einen regelmäßigen Dialog zum Thema E-Government zu etablieren. Zum Auftakt der Kooperation hatte sich Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach (siehe auch Interview auf Seite 8 dieser Ausgabe) im Mai dieses Jahres in Athen mit Griechenlands Digitalminister Kyriakos Pierrakakis getroffen und über Strategien bei der Transformation der Verwaltung ausgetauscht. „Griechenland ist wie Bayern sehr aktiv bei der Digitalisierung seiner Verwaltung“, erklärte Gerlach am Rande des Treffens. So setze das Land durch verstärkte Investitionen und den Abbau bürokratischer Hürden massiv auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur – ebenso wie es Bayern mit seiner Hightech-Agenda mache. Beide Seiten könnten daher von einem regelmäßigen Austausch profitieren.

„Wir hatten sehr vielversprechende Diskussionen und einen produk-



Griechenland hat die Digitalisierung zur Priorität erklärt.

tiven Austausch über Strategien, die sich bei der digitalen Transformation unserer Länder während der Pandemie bewährt haben“, bekräftigte der griechische Digitalminister Pierrakakis. „Wir sind entschlossen, unseren Dialog fortzusetzen und in Zukunft regelmäßig unser Fachwissen über die Vereinfachung öffentlicher digitaler Dienste, ihre Interoperabilität und ihr grenzüberschreitendes Potenzial zu teilen.“

Finanzielle Unterstützung für seine zahlreichen Vorhaben zur vollständigen Digitalisierung des öf-

fentlichen Sektors erhält das griechische Ministerium für Digital Governance von der Europäischen Investitionsbank (EIB): Anfang Februar dieses Jahres wurde eine entsprechende Finanzierungsvereinbarung über 125 Millionen Euro unterzeichnet. Bestimmt sind die Mittel nach Angaben der EIB für Projekte, die der griechischen Bevölkerung unmittelbar zugutekommen, aber auch für Maßnahmen mit indirektem Nutzen, die Bereiche der öffentlichen Verwaltung verbessern, in denen der Staat mit den Bürgerinnen und Bürgern interagiert. Unter die erste Kategorie fallen Projekte

Den Alltag erleichtern

Griechenlands Städte sind auch im Bereich Smart City aktiv, wie Beispiele aus Thessalien und Kreta zeigen.

Griechenland stellt seinen Kommunen einen Aufbaufonds in Höhe von 90 Millionen Euro zur Verfügung, um sie bei Smart-City-Projekten zu unterstützen. Für jede Stadt, die zur Smart City werden möchte, wird nach Angaben des griechischen Ministeriums für E-Government ein Plan erarbeitet, der individuelle Bedürfnisse berücksichtigt. So könnten Großstädte wie Athen ein intelligentes System zur Parkplatzsteuerung bestens gebrauchen, kleinere Städte setzten eher andere Schwerpunkte.

Die Stadt Trikala in Thessalien beispielsweise richtet den Fokus auf die Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben, wie Bürgermeister Dimitris Papastergiou im Rahmen eines Webinars der Deutsch-Griechischen Industrie- und Handels-

kammer erklärte, über das die Griechenland Zeitung berichtete. Seine Stadt werde inzwischen komplett papierlos verwaltet. Ob Anträge, Verträge oder Urkundenübermittlungen – alles laufe online ab. Auch kleinere Innovationen, wie das elektronische Buchungssystem für Sportplätze, tragen laut dem Bürgermeister dazu bei, den Alltag der Bürger zu erleichtern. Wer beispielsweise mit seinen Freunden eine Runde Basketball spielen möchte, kann sich den Sportplatz online reservieren und dort dann zur entsprechenden Uhrzeit kostenlos und ungestört Sport treiben.

In der Stadt Chania auf Kreta sorgten in der Vergangenheit vor allem zwei Dinge für Unmut: Das Straßenverkehrssystem war unübersichtlich, zudem zogen sich

bürokratische Abläufe oft sehr in die Länge. Beide Problemfelder konnten mithilfe digitaler Konzepte gelöst werden, so Chantias Bürgermeister Panagiotis Simandirakis. Ein Verkehrssystem managt Ampeln, Verkehrsschilder und Blitzer jetzt automatisch und kann gezielt auf äußere Umstände reagieren. Und über das neue Bürgerserviceportal können nun zahlreiche Vorgänge online erledigt werden – von der Beantragung eines Ausweises bis zum Bezahlen eines Knöllchens.

Einig waren sich die Redner des Webinars laut der Griechenland Zeitung, dass es bei der Digitalisierung vor allem darauf ankommt, das Feedback der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen, damit die Veränderungen angenommen werden. Zudem solle die digitale Optimierung der Gesellschaft kein Wettstreit unter den Städten sein, sondern vielmehr auf Kooperationen basieren. (bw)

wie Wi-Fi GR, das landesweit 3.000 WLAN-Hotspots in öffentlichen Bereichen vorsieht, sowie die Digitalisierung der öffentlichen Gesundheitsdienste. Die zweite Kategorie umfasst Maßnahmen wie die Einrichtung von Telekonferenznetzen in Gerichten und Gefängnissen. Ein besonderer Fokus liege auf dem Aufbau digitaler Kompetenzen in der Bevölkerung sowie der Anpassung an die Anforderungen der vierten industriellen Revolution, etwa durch die Finanzierung nationaler digitaler Innovationszentren. Das Programm soll laut EIB in einem Zeitraum von fünf Jahren umgesetzt werden.

„In diesem Jahr werden die exponentiellen Fortschritte bei der Digitalisierung Griechenlands Hand in Hand gehen mit wichtigen Maßnahmen im Bereich der Technologien und Informationstechnologie“, erklärt Digitalisierungsminister Kyriakos Pierrakakis. „Die Finanzierungsinstrumente werden wir in vollem Umfang nutzen, um die digitale Infrastruktur des Landes zu verbessern.“

„Griechenland zeigt große Weitsicht und großen Ehrgeiz, indem es die Digitalisierung der öffentlichen Dienste zu einer nationalen Priorität erklärt“, ergänzt Christian

Kettel Thomsen, EIB-Vizepräsident und zuständig für die Aufsicht über Finanzierungen in Griechenland. „Die Europäische Investitionsbank unterstützt erstmals in Europa und weltweit die Digitalisierung des öffentlichen Sektors mit einem speziellen Programm. Unsere Fachleute haben im Rahmen der gemeinsamen Vorbereitungen und des Prüfungsprozesses wichtige Erkenntnisse gewonnen, die sie weitergeben werden, um die Umsetzung ähnlicher Programme in anderen europäischen Ländern zu flankieren.“

Bettina Weidemann

Decidim bewährt sich

Romy Grasgruber-Kerl

In Österreich konnte die Reform des Freiwilligengesetzes online mitgestaltet werden. Es war der erste Praxiseinsatz für die Open-Source-Plattform Decidim.Austria.

Österreich ist ein Land der Freiwilligen. 3,5 Millionen Menschen ab dem 15. Lebensjahr – und somit fast die Hälfte der Bevölkerung – sind in Vereinen, Organisationen oder Initiativen ehrenamtlich tätig und leisten hier jede Woche mehr als 14 Millionen Stunden Freiwilligentätigkeit. „Ohne diese Vielfalt und diese Leistungen wären wir nicht die Gesellschaft, die wir heute sind“, erklärte der österreichische Sozialminister Johannes Rauch Anfang April 2022 und eröffnete damit einen drei Monate lang andauernden Beteiligungsprozess zur Novelisierung des Freiwilligengesetzes. Eine Besonderheit: Dieser fand vor allem online statt.

Das Sozialministerium hatte zuvor die IGO – Interessenvertretung Gemeinnütziger Organisationen damit beauftragt, die Ergebnisse einer Evaluierung des Freiwilligengesetzes einem offenen Beteiligungsprozess zu unterziehen. Die technische Umsetzung übernahm das mitgestaltete Partizipationsbüro. Dabei kam erstmals in Öster-

reich die Open-Source-Beteiligungsplattform Decidim zum Einsatz (siehe auch *Kommune21, Ausgabe 8/2021*). Dank der digitalen Plattform konnten sich Menschen aus ganz Österreich ungeachtet ihres Wohnorts und ihrer zeitlichen Verfügbarkeit in die Diskussion einbringen. Sämtliche Veranstaltungen wurden online übertragen und alle Diskussionen transparent geführt.

Inhaltliche Grundlage des Beteiligungsprozesses waren zehn vom Kompetenzzentrum für Non-Profit-Organisationen und Social Entrepreneurship der Wirtschaftsuniversität Wien erarbeitete Handlungsempfehlungen. Sie wurden in einer umfassenden Evaluierung des Freiwilligengesetzes 2021 erstellt. Neben einer umfassenden Literaturrecherche zu Rahmenbedingungen in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz wurden zwölf Interviews, zwei Fokusgruppen und eine Umfrage mit 607 beantworteten Fragebögen durchgeführt. Nach einer öffentlichen Präsentation der zehn in der Evaluierung getroffenen Handlungsempfehlungen, diskutierten Freiwillige und Freiwilligenkoordinatoren sieben Wochen lang über den Inhalt und brachten dabei 16 weitere Empfehlungen ein. Die vielen konstruktiven Beiträge zeigen, dass sachliche Debatten online durchaus möglich sind.

In einem nächsten Schritt wurden die Handlungsempfehlungen überarbeitet und inhaltlich zu insgesamt 17 Empfehlungen gebündelt. Alle interessierten Personen konnten sich auf der Plattform registrieren und fünf Stimmen auf die Empfehlungen verteilen, die ihnen am wichtigsten sind. Insgesamt haben rund 300 Freiwillige und deren Organisationen gemeinsam an Empfehlungen für ein effektives, zeitgemäßes Freiwilligengesetz gearbeitet. Die Online-Plattform verzeichnete mehr als 4.500 Besuche. Da es sich um eine inhaltlich komplexe Materie handelt, haben sich vor allem Menschen beteiligt, die professionell mit dem Thema befasst sind, doch es waren auch einige Freiwillige darunter.

Die Ergebnisse des Prozesses werden in einem Bericht für das österreichische Sozialministerium zusammengefasst und auf der Website des Freiwilligenweb veröffentlicht. Dem Ministerium dienen sie nun als Grundlage für die Neufassung des Freiwilligengesetzes.

Romy Grasgruber-Kerl ist beim Dachverband IGO – Interessenvertretung Gemeinnütziger Organisationen Initiatorin und Projektleiterin für das Vorhaben Decidim.Austria sowie Gründerin des mitgestalteten Partizipationsbüros.

Link-Tipp

Die Website zum Beteiligungsprozess ist zu finden unter:

- <https://freiwilligenpolitik.mitgestalten.jetzt>

Smarte Services für Aargau

Im Schweizer Kanton Aargau können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen jetzt alle Verwaltungsdienste über ein einziges Portal sowie unabhängig von Zeit und Ort abwickeln.

Online-Services des Schweizer Kantons Aargau und seiner Gemeinden sind seit Mitte März dieses Jahres auf einen Klick erreichbar: Mit dem Smart Service Portal haben Kantonsverwaltung und Gemeinden ein gemeinsames zentrales Portal realisiert, über das Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen alle Verwaltungsservices unabhängig der föderalen Ebene sowie von Zeit und Ort abrufen können. Das neue Portal kann direkt aufgerufen oder über die Web-Seiten der 167 beteiligten Gemeinden genutzt werden. Es soll in den nächsten Jahren fortlaufend ausgebaut und optimiert werden.

Regierungsrat Markus Dieth, Vorseher des Departements Finanzen und Ressourcen (DFR) und Vorsitzender der Steuerung Smart Services Aargau, erläutert die neue digitale Bürgerfreundlichkeit: „Mit dem vom Kanton und den Gemeinden lancierten Smart Service Portal gibt es nun einen einzigen zentralen Zugang zu behördlichen Dienstleistungen wie Bescheinigungen, Gesuchen, Bewilligungen, Fristverlängerungen und vielem mehr. Das Portal ist damit



Kanton Aargau: Zentrales Eingangstor zu digitalen Services.

das digitale Eingangstor zur smarten und sicheren Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen.“ Das Smart Service Portal sei zudem ein Modellbeispiel für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden, so Dieth weiter.

Den Vorbild- und Beispiel-Charakter des Projekts betont auch Patrick Gosteli, Präsident der Aargauer Gemeindeammänner-Vereinigung: „Gemeinden und Kanton pflegen schon seit langer Zeit eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Bereitstellung von elektronischen Dienstleistungen – bisher unter dem Titel E-Government Aargau. Mit Smart Services Aargau wird diese Zusammenarbeit verstärkt.“

Der Kanton Aargau hatte bereits im Jahr 2019 das Programm

SmartAargau lanciert, um die Digitalisierung und Modernisierung der Kantonsverwaltung voranzutreiben. Die Gemeinden im Kanton haben 2020 ihre übergeordneten Digitalisierungsaktivitäten in der Fit4Digital GmbH zusammengefasst. Aktuell sind hieran 167 der insgesamt 200 Gemeinden beteiligt; sie decken über 90 Prozent der Bevölkerung im Kanton Aargau ab.

Die bisher bei Fit4Digital mitmachenden Kommunen werden nach Angaben der Kantonsverwaltung ihre Digitalangebote nun sukzessive von der eigenen Gemeinde-Website auf das Smart Service Portal überführen. Ziel sei es, den Transformationsprozess bis spätestens Ende 2023 abzuschließen.

Bettina Weidemann

Link-Tipp

Zum Smart Service Portal:

- www.ag.ch/smartserviceportal

Nummer eins in Österreich

Reinhard Haider

Den digitalen Weg für alle Verwaltungsprozesse setzt die oberösterreichische Gemeinde Kremsmünster seit über 25 Jahren konsequent um. Nicht nur einmal war sie damit landesweiter Vorreiter und ist heute die E-Government-Gemeinde Nummer eins im Land.

Als Österreichs E-Government-Gemeinde Nummer eins darf sich Kremsmünster bezeichnen. Denn seit über 25 Jahren setzt das Team rund um Amtsleiter Reinhard Haider konsequent den digitalen Weg für alle Verwaltungsprozesse um. Oft war die Kommune mit ihren Projekten Vorreiter. Im Jahr 1998 etwa wurde hier die Gemeinde-Plattform RiS-Kommunal entwickelt. Im Jahr 2006 zählte diese dann rund 1.000 Installationen in ganz Österreich und den Nachbarländern. Im Juni 2000 arbeitete Kremsmünster am Portal GemNet mit. Es verbindet die Gemeinden Oberösterreichs mit dem Land per Intranet und ist die Basis für Verwaltungsvereinfachungen. Heute zählt es rund 350 teilnehmende Gemeinden. Im selben Jahr versuchte sich Kremsmünster als einzige Gemeinde in Oberösterreich am „Bezahlen der Gemeindeabgaben“ im Internet – damals ein Pilotprojekt mit dem Bundesministerium für Finanzen.

Auch in anderen Projekten ging Kremsmünster innovativ voran. Als erste Gemeinde in Österreich stellte sie beispielsweise im Jahr 2002 einen Internet-Marktplatz für die örtlichen Betriebe online. Dieser war zugleich der erste Webshop Österreichs, in dem das damals neue



Kremsmünster geht beim E-Government voran.

Raiffeisen-Zahlungssystem Elba-Netpay aktiviert wurde. Als Vorreiter öffnete Kremsmünster im Jahr 2003 das Bürgerportal auf www.buergerportal.at und startete 2007 als erste Kommune Österreichs auf ihrer Website das Gemeinde-Fernsehen. Anfang 2008 integrierte Kremsmünster als erste Gemeinde Österreichs die Inhalte von zehn Lebenslagen von www.help.gv.at in die eigene Website. Auch ist es Kremsmünster, das allen voran die Amtssignatur nach der E-Gov-Gesetzesnovelle vom 1. Januar 2008 umgesetzt hat, sodass der damalige Bürgermeister Franz Fellingner die Baubewilligung mit der Amtssignatur mittels Bürgerkarte versehen konnte. Im Februar 2012 startete Kremsmünster zudem als erste Gemeinde in Oberösterreich die Smartphone-App Bürgermeldungen.

2014 wurde hier des Weiteren die erste multimediale elektronische Amtstafel Österreichs in Betrieb genommen. Neben Fotos, Videos und Informationen können darüber gemäß novellierter Gemeindeordnung Oberösterreich amtliche Kundmachungen mit elektronischem Zeitstempel von Anschlag und Abnahme versehen und rechtlich gültig kundgemacht werden. Mit einem einzigen Vorgang ist somit die Veröffentlichung auf der Website, in der Gem2Go-App und auf der E-Amtstafel erledigt.

Aktuell ist Kremsmünster in ein Pilotprojekt zur ID Austria involviert. Gemeinsam mit der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf und dem Bundesministerium für Inneres kann die Gemeinde diese neue Generation der Handysignatur be-

reits an die Bürger ausstellen. Sie ersetzt die bisherige Handysignatur und ermöglicht den E-Führerschein.

Damit sind längst nicht alle Digitalisierungsaktivitäten der 6.600 Einwohner zählenden Kommune erwähnt. Denn sie bietet beispielsweise auch Open Data an, betreibt Social-Media-Kanäle, stellt viele Online-Services zur Verfügung und arbeitet mit der E-Rechnung. Mehrere Auszeichnungen bestätigen den Erfolg der laufenden E-Government-Tätigkeiten. Die Pilotprojekte helfen überdies den anderen 2.100 Gemeinden in Österreich, da alles in Richtung Übertragbarkeit programmiert wird.

Die Strategie dahinter ist einfach: In Kremsmünster werden alle Prozesse dahingehend geprüft, ob sie digitalisiert werden können. Ergibt sich eine Win-win-Situation für die Bürger oder Unternehmen einerseits und die Gemeinde andererseits, wird umgestellt. Von Anfang an wurden in Kremsmünster außerdem E-Government-Prozesse gemeinsam mit den Ministerien des Bundes, der Landesregierung und privaten Software-Herstellern entwickelt. Die Gemeinde stellt ihr Know-how zur Verfügung, die anderen digitalisieren. Daraus entstanden unter anderem das bereits erwähnte RiS-Kommunal als Marktführer für Gemeinde-Web-Seiten, der Gemeinde-Webshop, der erste digital signierte Baubescheid in Österreich, das Open-Government-Data-Angebot sowie eine WLAN-Initiative. Ebenfalls konnte auf dieser Basis Alexa im Bürgerservice eingesetzt, eine interaktive Online-Bürgermeister-Sprechstunde realisiert und das Streaming von Gemeinderatssitzungen im Internet

angeboten werden. Ein wichtiger Erfolgsfaktor bei all dem ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Lösungen annehmen und nutzen.

Innovation darf aber nicht auf das Rathaus beschränkt bleiben. Sie muss in allen Bereichen einer Gemeinde Platz finden. Das betrifft den Wirtschaftshof genauso wie den Bildungsbereich. „Auch die Schulen wurden deshalb digital aufgerüstet“, berichtet der Bürgermeister von Kremsmünster, Gerhard Obernberger. Insbesondere die Mittelschule und die drei Volksschulen wurden mithilfe des Unternehmens DCCS in den Jahren 2021 und 2022 digital neu aufgestellt.

An der Mittelschule ist die IT-Infrastruktur vollständig modernisiert worden. Auch wurden neue Cloud- und Server-Strukturen bereitgestellt. Die Systemverwaltung läuft nun auf MNSPro-Classic/Cloud, von Microsoft wird überall MS-Teams und die Office365-Palette eingesetzt. Die pädagogische Software kommt von der Edugroup, einem Unternehmen des Landes Oberösterreich. „Damit war Distance-Learning und -Working ganz einfach möglich. Auch konnten die rund 50 pro Schuljahr vom Bund für die Schüler bereitgestellten Notebooks schnell integriert werden“, sagt Michael Gerstmayr, Direktor der Mittelschule. „Zwei EDV-Räume mit circa 50 PCs ermöglichen es den Schülern, über den normalen Unterricht hinaus, ihre digitalen Fertigkeiten zu erweitern.“

In den drei Volksschulen Kremsmünster, Kirchberg und Krühub wurde die gesamte IT auf eine mandantenfähige Cloud-Lösung umge-

stellt. Damit ist eine zentrale Verwaltung der Schulen, PCs und Notebooks möglich. Zudem investierte die Gemeinde in viele neue Geräte. In den kommenden Monaten werden Spezialschulungen für die Lehrerinnen und Lehrer stattfinden. Denn gut ausgebildete Lehrkräfte sind die Voraussetzung für gut ausgebildete Schüler.

Im Ergebnis steht den Schulen nun eine innovative Lösung zur Verfügung, die sowohl pädagogische als auch organisatorische Anforderungen erfüllt. Mehrere Schulen lassen sich auf einer Plattform verwalten, Präsenzunterricht und Distance Learning werden gleichermaßen optimal unterstützt. Die auf Microsoft 365 basierende Schul-IT-Komplettlösung ist skalierbar, und es ist ein professioneller Support gewährleistet, der IT-Administratoren und Pädagogen entlastet. Direktion und Lehrkräfte füllen die Digitalisierung mit Leben. Damit stehen allen Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern, die besten Möglichkeiten offen. Die Kindergärten hat die Gemeinde indes nicht vergessen. Auch sie haben eine IT-Lösung erhalten, die sie bei ihren Verwaltungstätigkeiten unterstützt.

Kremsmünster ist für die Anforderungen der Zukunft also gut aufgestellt. Dennoch wird die Kommune innovativ bleiben und nimmt in den kommenden Jahren am Erasmus+-Projekt „Digital Government for Green Municipalities and Cities“ der EU teil, welches die Nachhaltigkeit digitaler Lösungen thematisiert.

Reinhard Haider ist Amtsleiter der Marktgemeinde Kremsmünster.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / E-Partizipation 50
- CMS | Portale / Spezial-Software 51
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement 52
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 53
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur 54
- IT-Security / Breitband / Consulting / Online-Termine 55
- Komplettlösungen 55-57

Anzeige

D-0	 <p>Govii Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de</p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p>TSA Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de</p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p>brain-SCC PORTALLÖSUNGEN</p>	<p>brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de</p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2	 <p>GOVERNIKUS</p>	<p>Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Petra Waldmüller-Schantz Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 20495-0 Telefax: +49 (0) 421 / 20495-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de</p>	<p>Governikus setzt sich für digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt ein und sorgt für den Schutz personenbezogener Daten mit zukunftsweisenden IT-Lösungen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation und der Umgang mit Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen im Vordergrund.</p>
D-4	 <p>ITEBO Unternehmensgruppe</p>	<p>ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de</p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7	 <p>cit</p>	<p>cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de</p>	<p>Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7	 <p>Form Solutions</p>	<p>Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de</p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8	 <p>Public Services</p>	<p>S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de</p>	<p>S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.</p>
D-6	 <p>WER DENKT WAS</p>	<p>wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de</p>	<p>Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.</p>

E-Government

E-Partizipation

D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2	 ProCampaign®	ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3	 KDN.SOZIAL Kommunale IT	KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3	 BARTHAUER SOFTWARE	Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungszentralen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7	 AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme	AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8	 G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9	 LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 566 1222 Fax: +49 (0) 361 / 566 1223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.855-6770.

D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmaster Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITSi Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtwert kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-7	 Logo DIDACT	SBE network solutions GmbH Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	
D-1	 Deutsches Vergabeportal E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>d.velop public sector GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.	
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7		S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPosting mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	E-Formulare
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionsichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Professionelles Sitzungsmanagement und Gremieninfo – mobil, digital und sicher. Von der App über das Voting bis zur Unterstützung der User – alles aus einer Hand. Ausgereifte, zuverlässige und langjährige Software für digitale Gremienarbeit und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation. Die Lösung für Ihr Sitzungsmanagement.	Sitzungsmanagement
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-1		Girona Softwareentwicklung und Vertriebsgesellschaft mbH Ansprechpartner: Philipp Jänsch Machnower Straße 21 D-14165 Berlin Telefon: 030 / 6 09 88 79 70 E-Mail: office@girona.de Internet: www.Girona.de / www.Konsentas.de	Konsentas ist ein flexibles, für Sie maßgeschneidertes, Online-Termin-Management-System für die vielseitigen Aufgaben der Verwaltung. Perfekt zum Abwickeln von Veranstaltungen (u. a. IfSG, SEU). Inklusive E-Payment, Anbindung an Fachverfahren & OZG-Umsetzungen + ein modernes webbasiertes Aufrufsystem mit dynamischen Wartelisten.	Online-Termine
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipzig Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCL, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrenintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0)451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 9714-0 Fax: +49 (0)441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0)2051 / 944-0 Fax: +49 (0)2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data ist einer der führenden Anbieter für kommunale Finanzsoftware und Systemlösungen. Als inhabergeführtes Familienunternehmen legen wir Wert auf ganzheitlich-nachhaltige Konzepte. Mit der verwaltungsweit skalierbaren IT-Plattform VOIS bieten wir die passende Strategie. Für das VOIS Finanzwesen liefern wir exklusiv die passende Lösung.
D-4		PROSOZ Hertzen GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Hertzen Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Hertzen hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelten, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 2635 / 9224-0 Fax: +49 (0) 2635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash - zentral/dezentral: per Maus- & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, §2b UStG + TSE, DGUV 115-005, EC-Terminals. GEWERBEREGISTER GEVE4 & geve5, CLOUD. Gewerbeanzeige online > Register > elektr. Auskunft. Erlaubniswesen, ProStSchG; für Kreise & Gemeinden.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Buntén Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 25 4700 Fax: +49 (0) 2303 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 870 04-0 Fax: +49 (0) 681 / 870 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 393-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (9/2022) erscheint am 31.08.2022



Gemeinsame Strategie

Der Kreis Coesfeld und seine Gemeinden arbeiten an einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie – und wurden dafür vom Land Nordrhein-Westfalen mit einem Preis für innovative interkommunale Zusammenarbeit ausgezeichnet.



Papier wird abgelöst

In zahlreichen Verwaltungen ist der Abschied vom Papier längst eingeläutet. Damit die Umstellung auf die elektronische Aktenführung ein Erfolg wird, müssen vor allem die Beschäftigten auf diesem Weg mitgenommen werden.



IT-Schwerpunkte im September

In der OZG-Modellkommune Marburg kann eine E-Signatur jetzt via Onlinebanking geleistet werden. Darüber hinaus geht es in der Rubrik Informationstechnik um das Projekt Prozessmanagement@Niederrhein, Zeiterfassung und Ausländerwesen.



Regeln für die Beteiligung

Mit der Bürgerbeteiligung haben viele Kommunen bereits positive Erfahrungen gesammelt. Die Frage lautet also nicht mehr, ob, sondern in welchem Rahmen diese stattfinden sollte. Die Stadt Braunschweig hat Leitlinien entwickelt.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB	2	Civitas Connect	25	regio iT	9
Axians Networks & Solutions	60	Itron Holding Germany	15	Stay Informed	33
CC e-gov	3	Kommunix	39, 41	Sternberg	13
DATEV	7	NOLIS	59	Branchenindex IT-Guide	50 – 57
Deutsche GigaNetz	5	Optimal Systems	35		
GovConnect	33	PayPal	37		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
Fax: info@k21media.de
E-Mail: www.k21media.de
Internet:

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855-2787
Telefon: s.ott@k21media.de
E-Mail:

Seit dem 1.1.2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

A. Baum / Rhein-Kreis Neuss (40); Bundesstadt Bonn (24); Day Of Victory Stu./stock.adobe.com (58); EKH-Pictures/stock.adobe.com (36); Elnur/stock.adobe.com (12); Elnur/stock.adobe.com (12); fidaolga/stock.adobe.com (10); Grecaud Paul/stock.adobe.com (43); Julien Eichinger/stock.adobe.com (58); Jürgen Altmann (3); Jürgen Fäichle/stock.adobe.com (58); Krakenimages.com/stock.adobe.com (32); Kreis Herford (30); Leo Lintang/stock.adobe.com (21); mayoyoma/stock.adobe.com (Titel, 4); Olivier Le Moal/stock.adobe.com (28); robsnphoto/stock.adobe.com (14); Sasint/stock.adobe.com (26); sborisov/stock.adobe.com (44); sehbaer_nrw/stock.adobe.com (58); Sina Ettmer/stock.adobe.com (Titel, 38); Stadt Bad Nauheim (22); Stadt Remscheid (17); Stefan Kerschbaumer (48); StMd / Anne Hufnagl (8); Thomas Kierok (18); Vitronet (29)

Kita-Platzvergabe leicht gemacht



NOLIS | Kita-Platz

- Übersichtlich: Alle Einrichtungen auf einen Blick
- Praktisch: Online-Voranmeldung für Wunsch-Kitas
- Effizient: Zentrale Vergabe von Betreuungsplätzen

www.nolis-kitaplatz.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

NOLIS



BaaS

WERDEN SIE SELBST
ZUM NETZBETREIBER!

BREITBAND EINFACH SELBER MACHEN LASSEN.

**Breitband für Stadtwerke –
rechnet sich das?**

Schauen Sie direkt nach, was Sie
bisher nicht verdient haben mit
unserem **BaaS-Rechner** auf
einfach-breitband.de



einfach-breitband.de

axians